

Hugenbergs Schiebergeschäfte werden nachgeprüft

Ungedehnte Zensurvernehmung über den Ankauf des Scherlverlages geplant

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Vorgänge bei der Kreditierung der Preussenkasse an die Landbank-Raiffeisengenoossenschaft nahm am Donnerstag in öffentlicher Sitzung den Bericht des Abg. Ruitner über die Begründung des Deutschen Verlagsvereins (Hugenbergkonzern) entgegen. In Handbuch von Professor Bernhard gab der Bericht über eine Darstellung über den Ankauf des Scherlverlages im Jahre 1918.

Es wurde beschlossen, zur Sache eine größere Anzahl von Zensuren, insbesondere den früheren Ministerialrat und jetzigen Reichstagsabgeordneten Freiherr von Merstein, Professor Bernhard, Ministerialdirektor A. D. Mendenhauer, Ministerialdirektor, den Präsidenten der Staatsbank in Weimar, Geheimrat Semper und Geheimrat Gläsel der Preussenkasse. Seine nächste Sitzung will der Ausschuss im Februar abhalten.

Holsteins Kassettendiebstahl

Die Liebesbriefe des Fürstin Bülow und das Schicksal des deutschen Volkes

Wer erfahren will, wie verderbt, verlogen und unfähig das des letzten Hohenzollernkaisers gewesen ist, der muß die Briefe des Fürstin Bülow lesen und das, was über sie geschrieben wird. Diese Denkwürdigkeiten sind ein Selbstporträt eines Erbarmlichen, der sein Leben in Eitelkeit, Kabale und Intrige verlebte. Man findet man den Hauch einer anständigen Regierung. Unter den Kritikern findet man kaum einen, der Bülow zu urteilen vermag — nur daß oft in ihrer Darstellung Dinge noch viel schlimmer aussehen als in der Darstellung des Reichstagsabgeordneten. Das gilt besonders von der Aufzeichnung der berühmten Tübinger Geschichtspräsidenten Dr. Haller in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht.

Prof. Haller beschäftigt sich da u. a. auch mit der Frage, in Bülow in seinen Memoiren die Persönlichkeit Holsteins so lächerlich behandle, und er kommt zu dem folgenden Urteil:

Der Fürst hätte sonst gehen müssen, daß vom Herbst 1890 bis zum Frühjahr 1906 in der Regel gar nicht er selbst Politik des Deutschen Reiches bestimmt hat, sondern Holstein. Die Urklug habe ich schon vor Jahren bemerkt, jetzt, da der Tod aller Vorgesetzten mich der Schwere der Verantwortung entlastet, kann ich sie aufdecken.

Die Fürstin Bülow belief sich über ihren eigenen Verstand eines Tages darauf, sich einen Kassetten mit Briefen des Kaisers Karl Ludwig, die in einer Kassetten im Jahre 1899 entnommen und, nachdem er sich des Inhalts bewußt hatte, wieder an ihren Platz stellen lassen. Seitdem hat Bülow, der bis dahin ziemlich selbständig sein Amt geführt hat, in Holsteins Hand.

Der Vorgang spiegelt sich deutlich in den Akten. Er erklärt, daß die erste Kasse die der Reichskanzler in den Verhandlungen der englischen Bündnisverhandlungen gestiftet hat, erklärt ebenso seine widerwärtige Unterordnung unter den Kriegspolitiker in der Marokkofrage, daß die zarte Rücksicht, die er noch auf den Amtsentlassenen hat, indem er ihn häufig um Rat fragen ließ und erklärt die Art von Holsteins Sturz. Das Tüchtige ihn hinter dem Rücken des kranken Bülow und „Laliblung abgewürgt“ habe, aber nicht wahr. Das hätte der sehr korrekten, ja ängstlichen Bülow nicht gewagt. Bülow war gefragt worden und hatte Zustimmung zu erkennen gegeben, natürlich nur nachdrücklich und ohne Zeugen.

Die Verantwortung für die Michtigkeit dieser Darstellung wird dem Prof. Haller übertragen. Man stelle sich aber nur was da behauptet wird.

Der Geheimere Reichstagsrat bringt den Reichskanzler in die Abhängigkeit, indem er eine Kassetten mit Liebesbriefen der Kaiserin in seinen Händen läßt. Ein Dieb und Erpreßler nimmt den Gang der deutschen Außenpolitik in die Hand, den zum Schein „verantwortlichen“ Reichskanzler wie Marionette an seinen Fäden tanzen!

Daß Holstein ein wüster Spekulant war und seinen eigenen Börsenspekulationen und seiner Tätigkeit ein enger Zusammenhang bestand, ist ja bekannt geworden. Aber was Haller da erzählt, geht noch darüber hinaus und klingt wie ein orientalisches Märchen.

Der Prof. Haller wird nicht umhin können, die Beweise der Behauptungen zu erbringen. Das deutsche Volk hat ein Recht zu erfahren, wie es regiert worden ist!

Nur keine Wahrheit!

Während der ersten Konjunkturwelle der Nationalsozialisten wurde tauchte eine besondere Kategorie phantastischer Kriegserzählungen auf. In zahlreichen Romanen und Novellen wurde erzählt, wie der künftige Weltkrieg Deutschlands gegen Frankreich mit Hilfe umwälzender geheimnisvoller Erfindungen sich vollziehen würde für die Deutschen und fast ohne jeden Widerstand des Gegners vollzieht. Der politische Zweck dieser Literatur war die Beschwörung, daß ein neuer Krieg ein Beispiel sein werde, nichts als ein militärischer Durchbruch nach Paris.

Die neue nationalsozialistische Welle hat ein Wiederaufleben dieser Art Literatur mit sich gebracht. Der Verlag Schöningh in Danzig, der sich vollständig auf die nationalsozialistische Propaganda beschränkt hat, bringt ein Buch eines sonst unbekannteren Verfassers heraus, das den Titel „Katastrophe 1940“ führt. Es besteht aus vier Büchern, die mit der Sensation des Krieges um der Nation willen spielen, verlogen wie ein echter Nationalromane. Die Katastrophe 1940, der neue Weltkrieg wird mit lächerlichen Übertreibungen und Unmöglichkeit geschildert. Deutschland führt Krieg, aber seine Gegner, England und Frankreich, werden mit allen militärischen Operationen besiegt werden. Sie tun nichts, sondern sie warten auf die kommende Rache. Der Verfasser dieses Buches hat die allergrößte Erfindung für den Zukunftsgeschichte gemacht: den Segret, der sich nicht zur Welt zeigt!

Er weiß auch noch von einer anderen Erfindung zu erzählen. Der deutsche Chemiker hat ein neues Giftgas erfunden, das den Namen „Gita 29“ führt. Damit wird ganz Frankreich verätzt. Aber die Leute denken nicht daran, sie sind mit dem Krieg so beschäftigt, daß sie sich nicht um die Erfindung kümmern. Das ist die letzte Erfindung der nationalsozialistischen Propagandaliteratur! Nicht wegen der nationalsozialistischen Propaganda, nicht wegen der Selbstzerstörung

des Herrn Feder oder der außenpolitischen Phantasien eines Rosenbergs haben die Hakenkreuzler Zulauf, sondern wegen dieser verlogenen Kriegserzählungen. Die Jungen nehmen für Wahrheit, was ihnen gerissene politische und literarische Spekulanten verkaufen.

Angesichts dieser verlogenen Literatur versteht man den tiefen Haß, mit dem die Hakenkreuzler die Offenbarung der Wahrheit über den Krieg verfolgen. Die Wahrheit über den Krieg soll verboten werden, damit die romantische Utopie die jungen Generationen willig macht, sich an die Schlachtdaube führen zu lassen!

Es soll weiter gegen die Sozialdemokraten gewütet werden

Braunschweig, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In einer öffentlichen Versammlung erklärte der nationalsozialistische Präsident des Braunschweigischen Landtags, Förner, daß demnächst noch weitere sozialdemokratische Beamte auf die Straße geschickt werden. Bei den entlassenen 26 öffentlichen Lehrern werde es nicht bleiben. Zunächst würden die beiden sozialdemokratischen Professoren Dr. Kiel und Jensen, die beide von der sozialdemokratischen Regierung für die Lehrerbildung angestellt worden sind, entlassen werden.

Förner forderte die Versammlungsbesucher schließlich auf, ihm noch weitere Vorschläge für zu entlassende Beamte zu machen. Als ihm die Namen nur so an den Kopf flogen, reichte er sich, indem er sagte, am Schluß der Versammlung könnten ihm weitere Vorschläge gemacht werden.

Brünnings Ostreise

Der Reichskanzler wollte am Donnerstag auf seiner Reise in die Ostgebiete in Marienwerder und später in Marcenburg, von wo er sich über Rüstien, Frankfurt a. O. nach Oberösterreich begab. Am Sonntagabend wird Dr. Brünnings mit seinen Begleitern in Breslau weilen, wo er von dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Lüdemann empfangen wird. Der Empfang wird durch Radio übertragen.

Warum so milde?

Gerahabung der Strafe gegen zwei rote Polizeibeamte

Die vierte Strafkammer des Berliner Landgerichts II verurteilte am Donnerstag zwei Polizeiwachmänner wegen unbedeutender Teilnahme und Körperverletzung zu vier bzw. drei Monaten Gefängnis. Die Beamten waren in der Botenstation zu neun bzw. vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die beiden Beamten hatten im Juli des vergangenen Jahres in betrunkenem Zustande einen jungen Tischler festgenommen, der von einem der Polizisten mit Fußtritten traktiert wurde. Ein älterer Mann, der die Beamten zur Rede stellte, wurde ebenfalls tätlich angegriffen und von einem der Beamten angebrüllt: „Was, du Schwein, willst einen Beamten beleidigen?“

Das nennt sich Klassenkämpfer!

Wie der Klassenkampf durch politische Korbis gestärkt wird

Bauhen, 8. Januar. (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht Bauhen verurteilte den 27jährigen Wirtschaftsgeliffen Löhner aus Pöbau wegen Aufruhr und unbedeutender Tragens einer Waffe zu einer Gesamtstrafe von zehn Monaten Gefängnis.

Am 2. August 1930 waren trotz des Demonstrationsverbotes rund 400 Kommunisten aus Dresden und anderen Orten mit Lastwagen nach Sebnitz gefahren, wo es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Die Beamten wurden mit Gasmasken, Knütteln und anderen Gegenständen angegriffen. Zahlreiche Polizisten wurden schwer verletzt. Löhner, der damals der Antifa angehörte und wegen Teilnahme an einem Aufruhr in Bauhen, der zwei Todesopfer forderte, schwer verurteilt ist, marschierte im ersten Glied der Demonstration. Er wurde während der Gerichtsverhandlung von seiner einzigen Geliebten schwer beleidigt. Sie gab an, daß Löhner mit einer Fahnenstange wiederholt auf die Polizeibeamten eingeschlagen habe. In der Gemischaube habe er einen spitzen Dolch mitgeführt.

Sachsen gegen die Doppelverdiener

Dresden, 9. Januar. (Eigener Funterbericht.)

Die sächsische Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der alle Frauen, die auf Privatdienstvertrag im Staatsdienst stehen, entlassen werden sollen, sofern ihr Mann ausreichend verdient. Auf die im Beamtenverhältnis stehenden verheirateten Frauen soll eingewirkt werden, daß sie freiwillig auf ihr Amt verzichten. Im gegebenen Falle will man sie ohne Gehalt unter Aufrechterhaltung der Verlangensansprüche beurlauben.

Die Genehmigung zur Ausübung entgeltlicher Nebentätigkeit oder eines Gewerbebetriebes durch Beamte soll in allen Fällen zurückgenommen werden, in denen eine Schädigung der erwerbstätigen Personen festzustellen ist.

Die Weite mit den Abkürzungen

Die nationalsozialistische Propaganda hat sich unsterblich blamiert, als sie feineren allen Erastes die Behauptung ausstellte, daß die Stadt Berlin ihren Erwerbslosen mit niederländischen Braunkohlenbriketts beliefern. Die braunen Leute hatten auf den Zeugnissen die Abkürzung N.R.-Braunkohlenbriketts gelesen. Da sie ihre volkswirtschaftliche Weisheit nur von Herrn Feder hersehen, brauchten sie nicht zu wissen, daß es in den Niederlanden keine Braunkohlenbriketts gibt und daß vor den Toren Berlins die Niederlausitz liegt, die bekanntlich reich an Braunkohle ist.

Das kommt davon, wenn man sich mit Selbstliebe auf die Abkürzungen stützt! Eine ähnliche Blamage ist nun den Nationalsozialisten in der Pfalz widerfahren. Sie hatten irgendwo gelesen, daß Pfälzer Vereine eine Weihnachtsfeier veranstaltet hatten und daß dabei eine Jüdin als Tanzlehrerin aufgetreten war. Der Satz an dem sie am meisten Anstoß nahmen, lautete: „Der unterhaltenden Teil bestritt der W. R. B.“ Die Nationalsozialisten nahmen ohne weiteres an, daß dies heißen müsse: der Pfälzer W. R. B. und aus ihrer Annahme entwickelten sie dann eine Behauptung über die Verworfenheit eines Pfälzers, der eine Jüdin als Tanzlehrerin engagiert habe, und über das Scheitern jener Leute, die mit einer Jüdin getanzt hätten.

Die Geschichte von dem Pfälzer und der tanzenden Jüdin hatte jedoch einen Haken. Es waren wieder einmal die bösen Abkürzungen. W. R. B. hieß nämlich nicht Pfälzer W. R. B., sondern schlicht und einfach Pfälzer Wald-Verein.

Gibt den Nationalsozialisten drei Buchstaben und sie werden sofort die grandiosste Sage daraus entwickeln!

Die Krise der Landwirtschaft im Hauptauschub

Im Hauptauschub des Preussischen Landtags, der sich seiner Zeit mit dem Haushalt der Landwirtschaftlichen Verwaltung für 1931 beschäftigt, erklärte der Berichterstatter Abg. Peters-Hochdorn (Soz.) am Donnerstag, der Klein- und Mittelbau könne sich halten, unrettbar sei aber der Großbau. Die bisherige Schutzpolitik bringe nur zwei Zehntel der Landwirtschaft Vorteile, während acht Zehntel der Landwirtschaft viel-fach durch sie geschädigt würden. Der Ruf nach Schutz der Beredelungswirtschaft sei sehr gefährlich und könne die Verwirklichung bedeutliche Folgen für Deutschland haben. Abg. Brandenburg (Soz.) sprach sich gegen Abbau der Landarbeiter aus. Unter keinen Umständen dürften Ausländer beschäftigt werden. Auch dürfe man den Landarbeiter nicht gegenüber dem Industriearbeiter zurücksetzen. Beim Lohnabbau stehe die Landwirtschaft an erster Stelle. In Schließten würde ein Lohnabbau von 30 Prozent verlangt.

Erwerbslosen-Krawalle in Kopenhagen

Kopenhagen, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In der dänischen Hauptstadt kam es am Donnerstag zu Erwerbslosen-Krawallen. 300 Arbeitslose durchzogen die Stadt und zerstörten in einzelnen großen Geschäftshäusern die Fensterkassen.

Die Regierung plant zur Linderung der Not der Erwerbslosen außerordentliche Hilfsmaßnahmen.

Auch in Amsterdam neue Krawalle

In Amsterdam kam es auch am Donnerstag wieder zu kommunistischen Erwerbslosen-Krawallen.

Im Westen der Stadt richteten sich am Nachmittag einige hundert Personen zusammen und griffen einen Polizeibeamten an, der jedoch noch rechtzeitig Hilfe herbeirufen konnte. Im Verlauf des hierauf zu verzeichnenden Zusammenstoßes wurde ein Demonstrant durch einen Kopfschlag mit dem Gummiknüppel schwer verletzt. Am späten Nachmittag kam es im Zentrum am Dom abermals zu Zusammenstößen mit der Polizei. Mehrere Demonstranten wurden durch Säbelhiebe schwer verletzt.

Die englisch-französischen Verhandlungen über die Goldrückzahlungen

Paris, 9. Januar. (Eig. Funterbericht.)

Der englische Botschafter in Paris hatte am Donnerstag eine längere Unterredung mit Außenminister Briand, die sich auf die Frage der Goldrückzahlungen der während des Krieges in London aufgelegten französischen Anleihen bezog. Der „Excelsior“ demontiert ausdrücklich, daß irgendeine vom Abschluß eines Vertrages über die Kontrolle der Goldbewegungen oder gar von der Einberufung einer Goldkonferenz die Rede gewesen sei. Soweit seien die französisch-englischen Finanzverhandlungen noch lange nicht gebrochen. Der „Excelsior“ glaubt, den Argwohn auszusprechen zu können, daß England die Finanzverhandlungen mit Frankreich nur deshalb eingeleitet habe, um sich ein Mittel zu verschaffen und auf Frankreich die Verantwortung abwälzen zu können für den immer zu erwartenden Mißerfolg der snowdenischen Finanzpolitik.

Auslehnung der ungarischen Bauern gegen das Hortyregime

Vor dem Budapest Parliamentsgebäude versammelten sich am Donnerstag mittags hunderte von Bauern, die aus den verschiedensten Teilen des Landes nach Budapest gekommen waren, um dem Ministerpräsidenten eine Denkschrift über die katastrophale Lage der Bauernschaft zu überreichen. Sie wurden von dem Außenminister empfangen, dem sie das Glend und die Erbitterung der Kleinbauern schilderten. Unter anderem verwies sie auch darauf, daß die reaktionären Levente-Organisationen die jungen Bauern zu militärischen Übungen zwingen und sie dadurch der Arbeit entziehen. Der Minister spreizte die Bauernvertreter mit nichtsjugendlichen Phrasen ab.

Sinowjew wieder zu Gnaden gekommen

Moskau, 9. Januar. (Eig. Funterbericht.)

Der ehemalige Vorsitzende der kommunistischen Internationalen, Sinowjew, kurzzeitig noch Rektor der Universität Kajan, ist nach Moskau berufen worden. Er soll dort ein Amt in den neuen Komiteen übernehmen.

Originelle Rundgebung der spanischen Republikaner

Das Berliner Tageblatt meldet aus Madrid:

„Das Madrider „Volksblatt“, das die Vorstände der verschiedenen sozialistischen Gewerkschaften vereint, hat den im höchsten Gefängnis sitzenden Führer des linken Flügels ein „Bankett“ gegeben. Das ganze Menü wurde auf großen Platten in das Gefängnis geschickt. Das Hauptstück bildete eine große Torten, die mit Marzipanfiguren verziert war. Und zwar waren vier Gänge dargelegt, die die in der Mitte der Torten angebrachte Symbolik der Republik, einen mit der Jakobinermütze gekrönten Mann, bewachen. Die Gänge trugen jede eine andere Kopfbedeckung: die eine eine Krone, die zweite einen Guardia-Sivill-Hut, die dritte einen Ministerhut und die vierte eine Mütze. Die auf der Torten angebrachte Aufschrift lautete: „Die Gänge befehlen!“ Viele Symbolik ist wohl deutlich. Es handelt sich um den guten Humor, mit dem fast alle politischen Dinge in Spanien behandelt werden, daß die Gefängnisleitung die Ueberzeugung dieser Torten an ihre Schutzpersonen überlieferte. Ueberhaupt dürfte in kaum einem anderen europäischen Lande die Möglichkeit gegeben sein, politische Gefangene durch ein Bankett zu ehren.“

Herzog Alba glaubt nicht an eine spanische Revolution

Der in Paris auf der Durchreise nach Genf weilende spanische Außenminister Herzog Alba hat einem Vertreter des „Intransigant“ ein Interview gewährt, in dem er bereitwillig eine Anzahl aktueller Fragen beantwortet. Danach sieht Herzog Alba den kommenden politischen Ereignissen in Spanien mit Optimismus entgegen. Alba erklärte, daß in Spanien eine große Revolution, die zum Sturz der Dynastie führen würde, unmöglich sei, da es in seiner Heimat nur periodisch auffrischende Bewegungen aber keinen einheitlichen revolutionären Geist gebe. Die Spanier müßten vor allem Frieden und Ruhe.

Ueber die unmittelbaren Aufgaben der Regierung Berenguer befragt, erklärte Herzog Alba, daß man zuerst in Madrid mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt sei. Die vielfach bedauerte Langsamkeit dieser Vorbereitungen erklärte, daß in Spanien eine große Revolution nicht möglich sei, daß die Wahlen erst ausgearbeitet werden müßten, was eine riesige Arbeit mache.

Stadttheater

Breteln, 20.15 bis geg. 23
Abend-Vorl. C 10
La Bohème
Sonabend, 16 bis 18 Uhr
Zum letzten Male!



19.3 bis gegen 23 Uhr
Das Spielzeug
Ihrer Majestät
Sonntag, 15 bis 17.30
Ermäßigte Preise (Gr. II)
Der Waffenschmied
19.31 bis 23 Uhr:
Die Fledermaus.

Lobe-Theater

Telefon 56747
Freitag 20.15 bis 22.30
Zum letzten Male!
Gtienne
Sonabend, 20.15 Uhr
Zum 1. Male!

Vorunterfuchung
Schauspiel v. W. Hiesberg
und Otto Ernst Soffe
Sonntag 15.30-17.15
Emil u. die Detektive

Thalia-Theater

Täglich 21.15 bis 22.10
Der große Quäntlerrolz
Kory
Sonntag 15.30-17.30
Das tapfere
Schneidelein

Schauspielhaus

Rat 36300
Heute Freitag 8 Uhr:
Gastspiel
Loni Hensler
in dem Sensationserfolg

Viktoria u.
Ihr Husar
Sonabend, 17. und
Sonntag, 11. 9 Uhr:
Gastspiel

Anny Ahlers

in 1930
Viktoria u.
Ihr Husar
Sonabend nach 4 Uhr
Sonntag nachm. 2 Uhr
Die Reis ins Märchenland
Sonntag 4 Uhr u. 5 Uhr:
Viktoria und ihr Husar

WELTBÜHNE

Friedrich-Nikolaus-Str. 35
Der deutsche Millionen-Tonfilm
mit bisher im Tonfilm noch nicht
gesehenen Sensations-Effekten

Liebesnacht

(Brand in der Oper)
mit
Gustav Fröhlich
Alexa Engström
Ein einzigartiger Film, ein Erlebnis
Im stummen Schlagerfilm:
Ein großer spannender
Kriminal-
Sensationsfilm

ASTORIA-PALAST

Letzte
Vorst.
8 1/2
Eine Woche der Lachstürme
PENSION
SCHÖLLER
Die zwanzigjährigste deutsche
TONFILM-POSSE
mit
12 der besten Komiker
der deutschen Bühne
Ferner
Was ist los mit
Nanette?
6 lustige Akte mit
Georg Alexander

Kaiser-Wilhelm-Theater

Gartenstraße 85.
Heute Tonfilm-Start!
Der große Erfolg!

Wien, du Stadt der Lieder!

unter Mitwirkung der populärsten Komiker Berlins
Max Hansen, Paul Morgan, Siegfried Arno u. a.
Ferner:

Das Tonfilm-Wunder „Mickey“ Im Tier-Varieté

Volkstümliche Preise: 0.60 0.80, 1.00, 1.25, 1.50 Mk.
Beginn: Wochentags 4 Uhr - Sonntags 3 Uhr.

LIEBICH

Tägl. 2 Vorstellungen, 4^u und 8^u
Der Riesenerfolg des
Neujahrs-Programms

Das Spiel mit dem Tode

Ab 9 Umdrehung das
neue Programm
Nur noch kurze Zeit!

GLEICH

Ab 9 Umdrehung das
neue Programm
Nur noch kurze Zeit!

Als Gast: O. SAILER JACKSON

Ab 9 Umdrehung das
neue Programm
Nur noch kurze Zeit!

Abschüsslicher Löwe!

Verkauft von 9 Uhr an
sonntags bis 11 Uhr
Gartenstraße, Tel. 29135
Wass. Barack. 1.32641
Wass. Wühler, 1.22111

Gut, billiger Mittag-Abend

Bed. rkt! 11.30 Uhr, 1.10

Primus

Vom 9. bis 15. Januar
Täglich ab 4^u Uhr
Eintrittspreise ab 60 Pf.
Erwerbslose wie üblich.

Zweimal Hochzeit

In den Hauptrollen:
Liane Haid Lucie Englisch
Harald Paulsen Paul Morgan
Reizvolle Gesangsschlager:
Du bist zu schön für mich
Eine schwache Stunde an deinem Munde

Ufa-Wochenschau

Eddie Polo
Sensation - Abenteuer
Tollheiten - Spannung

Auf Leben und Tod

Sonntag 8 Uhr: Kinder-Vorstellung
Ind. einer Abenteuer aus d. wilden Westen
Der heldenjunge von Missouri
und Tonfilm: „Zweimal Hochzeit“
Kinder zahlen 30 und 50 Pf.

LILIAN HARVEY WILLY FRITSCH

Drei von der Tankstelle

Die große
Tonfilm-Operette
Kristall-
Palast
Tivoli-
Lichtspiele
BEN-
Lichtspiele
Im
3
The-
aterra
!

Zentral

THEATER-WESTEND. 200 84
Bis Donnerstag, den 15. Januar
Premiere in 3 Theatern
der größten Tonfilm-Operette

Die Csikosbarone

mit
Gretl Theimer, Ernst Verebes, Paul Vincenti
Ein Filmwerk aus dem herrlichen Ungarlande
durchwoben von schönen Volks- u. Schlagerliedern

Die Rache des Scheich

Ein spannender Abenteuerfilm in 8 Akten
Auf der Zentral-Bühne
Walter & Walter
Randonium - Virtuosen
Internationale Musik-Attraktion.
Anfang tägl. 4.30 Uhr Letzte Vorstellung: 8.45 Uhr

3 Ronays

Ausgewähltes und reichhaltiges Beiprogramm
Auf der Atlantik-Bühne
Gymnastik in höchster Vollendung
Beginn: 5, 7, 9 Uhr

WARTBURG

LICHTSPIELE
Gräbschenerstr. 94/9
Ab Freitag, 9. Jan. bis Donnerstag, 15. Jan.
Lilian Harvey und Willy Fritsch
in der herrlichen Tonfilm-Operette

Liebeswalzer

Ferner: Anna May Wong
und Dolores Costello
in dem gewaltigen Filmwerk

Die letzten Tage von San Franzisko

Sonntag, 3 Uhr: Große Kinder-Vorstellung
William Fairbanks, der Detektiv aus Liebe
und Grotteske.

Warum wollen Sie für fachmännisch genau geprüfte Schweizer Qualitäts-Uhren bis 50⁰⁰?

mehr bezahlen als bei uns?
Diese Vorteile bieten wir durch di-
rekten Einkauf ab Fabrik und durch
Vermittlung von Schweizer Uhrenfabri-
kanten USA.

Ein Beweis unserer Leistungsfähigkeit:

Wahre Silberuhren, 10 Steine 9.75
Wahre Silberuhren, 14 Steine 12.75
Wahre Golduhren, 10 Steine, 10 St. 17.75
Wahre Golduhren, 14 Steine, 10 St. 22.75
Wahre Golduhren, 18 Steine, 10 St. 27.75
Wahre Golduhren, 22 Steine, 10 St. 32.75

Platin, 10 Steine, Leuchtst. 12.-
Edel Silber, 20 Steine, 10 St. 12.75
Edel Silber, 24 Steine, 10 St. 15.75

Amber, 10 Steine, 10 St. 12.75
Amber, 14 Steine, 10 St. 15.75
Amber, 18 Steine, 10 St. 18.75
Amber, 22 Steine, 10 St. 21.75

250 Master 5.- 200 Mark
Eigene Reparatur-Werkstätte

Uhrenhaus Präzision

E. M. B. M.
Breslau, Schwedln. Str. 54
Verkaufsstellen:
Leipzig, Hauptstr. 24
Halle, S. G. G. Hauptstr. 66
Magdeburg, Breite Weg 36
Hannover, Bahnhofstr. 67
Breslau, Amalienstraße 13
Karlshagen, mit 200 Uhr an gratis durch
uns. Zentrale Dresden, Amalienstr. 13
Direkter Versand an Privat o.!

Genossen

deckt Euren Bedarf bei
unseren Inserenten!

ATLANTIK

Gräbschener Straße 74
Bis Donnerstag, den 15. Januar

Die Csikosbarone

mit
Gretl Theimer, Ernst Verebes, Paul Vincenti
Ein Filmwerk aus dem herrlichen Ungarlande
durchwoben von schönen Volks- u. Schlagerliedern

Die Rache des Scheich

Ein spannender Abenteuerfilm in 8 Akten
Auf der Zentral-Bühne
Walter & Walter
Randonium - Virtuosen
Internationale Musik-Attraktion.
Anfang tägl. 4.30 Uhr Letzte Vorstellung: 8.45 Uhr

3 Ronays

Ausgewähltes und reichhaltiges Beiprogramm
Auf der Atlantik-Bühne
Gymnastik in höchster Vollendung
Beginn: 5, 7, 9 Uhr

Konditorei u. Café Gernot

Zimpel, Hübnerweg 43
empfiehlt seine freundl. Lokalitäten
Bestes Gebäck // // // Gut gebackte Getränke
Vereinszimmer frei

Inferate

erzielen in unserer Zeit
den größten Erfolg

Max Schönfelder

Biliges Wochen-Angebot!
bietet für die sparsame Hausfrau die
allergrößten Vorteile beim Einkauf.
Hier einige Beispiele:

Unerfährte Mollerei-Zettelbutter
hohe Reinware
konnte ich nochmals ermäßigen:
das Pfund kostet heute nur 1.55
1a amer. Schweinefleisch Pfund 0.68
Kolojett in Tafeln zu 500 gr
bei 1 5 10 25 Tafeln
0.42 0.41 0.40 0.39 die 500 gr Tafel

1a Delikatess-Säfte
wieder frisch eingetroffen, das Pfund nur 0.46

Wurstwaren

1a Zerelatwurst je Pfund 1.48
1a Blutwurst je Pfund 1.58
Berliner Mettwurst (Kielbasse) Pfund 1.20
Mettwurst, Braunschweig. Art. Pfund 1.38
Kümmelwurst Mettwurst
in Ringen je Pfund 1.10
je Pfund 0.39

Ganz aus dem Rahmen fallend:
Einen großen Vorkauf
Zerelatwurst in Fettbarm
solange Vorrat je Pfund nur 1.38

1a Bäcklinge (Goldbräuherung)
heute nur 1 Pfund 0.27

Badobit-Artikel
Kalif. Pflanzen des ganze Pfund nur 0.32
besonders großflächige Ware
das Pfund 0.45, 0.50, 0.60

Melange-Badobit
in den anerkannt vorzüglichsten, schmack-
haften Zusammenstellungen
das Pfund nur 0.40, 0.60, 0.75, 0.95

Ringäpfel, neue Sorte, das Pfund 0.78

Große
Zitrone
Apfelsinen
Große
Zitrone
(die Früchte sind der Jahreszeit entsprechend
ausgewählt)
das Pfund 0.46, 0.58, 0.68, 0.80, 0.95

1a Zitronen, wunderbar gelbe, ausgereifte
Früchte Duzend 0.39 und 0.54

Röstkaffee

Heute und die folgenden Tage wieder
gratis Kostproben ohne jeden Kaufzwang
meiner Hauptkaffeesorten

Karlshader Mischung

je Pfund 3.40
Ferner meine Sonder-Spezialitäten
von Röstkaffee
das Pfund 7.00, 2.40, 2.60, 2.80, 3.00
Edel-Mischung, je Pfund 4.00

Max Schönfelder

Kaffee-Rösterer, Tee-Import, Waren-
Verhandlungsbüro und Beleggroßhandel
Breslau 1, Albrechtstraße 56
NB. Spezialität: Espressokaffee
je Pfund 0.46

Ungewöhnliches Drama eines Mädchenhändlers

Die in der Brzeginja-Straße in Lodz wohnhafte Chana erhielt vor einigen Tagen von ihrem in Buenos Aires unterjochungshaft sitzenden Mann einen Brief folgenden Inhalts: „Bemühe dich um die Uebernahme meines aus Bargeld bestehenden Vermögens, da, wenn ich zum Tode verurteilt werde, Selbstmord verüben werde.“ Chana Krider begab sich mit dem sehr schrecklichen Schreiben an die diesbezüglichen Behörden, die eine Untersuchung einleiteten und folgendes feststellten:

Vor dem Ausbruch des Weltkrieges wohnte an der Brzeginja-Straße der Freilehrer David Krider, der noch nicht verheiratet und bereits von seiner Frau Chana, geborene Abram, eine dreijährige Tochter besaß. Im Jahre 1914 schlug seiner Frau vor, ihn nach dem Auslande fahren zu lassen, wo sich eine Existenz schaffen und sie mit dem Kinde nach dem Tode nachkommen lassen werde. Nach längeren Unterredungen ging die unglückliche junge Frau auf den Vorschlag und David Krider ging ohne jedes Vermögen in die Welt. Die mittellose Frau machte daraus alle Leiden und Qualen der Kriegs- und Nachkriegszeit durch und tat, was in ihren Kräften lag, um sich und ihr Kind am Leben zu erhalten. Die Tochter wuchs inzwischen heran und entwickelte sich zu einem schönen Mädchen, lernte fleißig und beendete auch die Volksschule. Danach ließ sie Verkäuferin in einem Kurzgeschäfte später in einer Kaufhausgründung an der Nowomiejska-Straße, wobei ihr Dienst zu ihrem und ihrer Mutter Unterhalt ausreichte.

Frau Krider hatte während der ganzen Jagd seit Kriegsausbruch nichts von ihrem Manne gehört. Dieser war auf illegale Weise nach Buenos Aires gelangt, wo er mit Bekannten zusammenstrich und mit einer Gesellschaft von Händlern mit lebendigen Verbindungen anknüpfte. Er zeigte dabei große Fähigkeiten und wurde bald einer der großen Importeure der lebendigen Waren Argentiniens, wobei er seine Frau und Tochter ganz vergaß. Er fand sich sogar Berufsgenossen Krider, die nach Polen kamen und „Wate“ mit zurückbrachten, die auch Krider's Beziehungen herstellten, hieron aber in Lodz nichts erfuhr, da dadurch ein Skandal hervorgerufen worden wäre, für ihre gemeinsamen Geschäfte unerwünschte Folgen hätte sein können.

Eines Tages gerieten nun die Agenten Krider's mit diesem Streit und brachen alle Beziehungen zu ihm ab, worauf sie sich für einen anderen „Unternehmer“ Ware aus Polen suchten. Bei dieser Gelegenheit wollten sie sich für den ihnen Krider zugefügten Schaden in einer schrecklichen Weise rächen. Zwei mit Krider verfeindete Agenten nach Lodz kamen, um den Transport für die Freudenhäuser in Buenos Aires anzubringen, trat einer von ihnen als Heiratskandidat aus Amerika während der andere die Rolle eines Vermittlers spielte. Sie brachten den Aufenthaltsort der Frau und Tochter Krider's, und kamen nach Lodz. Die achtzehnjährige Tochter, eine mit allen Fähigkeiten reifen und gesellschaftlichen Manieren ausstattete Dame, wurde dem „Bräutigam“ aus Amerika von dem Vermittler als sehr reicher Industrieller aus New York vorgestellt. In einigen Wochen hielt der angebliche Industrielle um die Hand der Tochter Krider an und bald wurden auch Jakob Birnbaum, wie er hieß, mit Jozzia Krider getraut, die gleich darauf nach Südamerika auswanderten. Das naive Mädchen wurde sofort in ein Freudenhaus gebracht und David Krider benachrichtigt, daß seine bisherigen Agenten keine Tochter aus Lodz geschickt und an keinen Konkurrenten verkauft hatten.

David Krider konnte es nicht verdammen, daß seine eigene Tochter, die er seit hundert Jahren nicht gesehen hatte, in einer fremden Stadt in ein Freudenhaus geraten war, in der auch er ein solches „Unternehmen“ betrieb. Er beschloß daher, seine Tochter dem Hause der Schande zu befreien, ohne sich ihr als Vater erkennen zu geben. Er begab sich sofort nach dem bewohnten Freudenhaus, wo er seine Tochter mit ihrem „Mann“ antraf. Er ließ vor Erregung holte er ein Messer aus der Tasche hervor und brachte dem Agenten eine schwere Wunde bei. Jozzia aber, nicht wußte, was das alles zu bedeuten hatte, wollte ihren Mann retten, doch erhielt auch sie in dem Moment von dem Agenten einen mächtigen Schlag auf den Kopf, der sie bewusstlos machte. Die gleich darauf eingetroffene Polizei brachte Krider wegen Ermordung seiner Tochter und dabei kam ganze Tragödie an den Tag. Vom Gefängnis aus schrieb er dann den eingangs erwähnten Brief an seine Frau. Die Schande hat in Lodz allgemeines Aufsehen erregt und wird von Salutar Bevölkerung lebhaft erörtert, wo man Krider getadelt hat.

dauernden Wohnsitz in Lugano gewählt hat. Es haben sich verschiedene Respektanten gemeldet, die Schloß Glienide in ein Wochenend-Hotel verwandeln wollen. Bestimmte Entschcheidungen sind noch nicht getroffen. Das Inventar des Schlosses und Jagdhauses, das u. a. Kunstgegenstände von historischem Wert enthält, wird bereits Anfang Februar dieses Jahres versteigert werden.

Der Leiter der größten Grönland-Expedition



die auf drei Jahre berechnet ist und alle bisherigen Unternehmungen zur Erforschung Ost-Grönlands übertreffen soll, ist der dänische Grönlandforscher Lauge Koch. Die Expedition, die aus 24 Teilnehmern besteht, hat sich die Aufgabe gesetzt, die Ostküste Grönlands vom Scoresby-Sund bis zum Danmark-Hafen in geologischer, geographischer, archäologischer und ethnologischer Hinsicht zu untersuchen.

Karbol statt Eiför

Bei einer Hochzeitsgesellschaft in Gerhardsfelde (Sachsen) wurde einem Postboten, der ein Glückwunschtelegramm gebracht hatte, ein gefülltes Vorküßlerglas gereicht. Der Bote trank das Glas aus. Dann brach er tot zusammen. Dem Bote war statt Eiför Karbol, das in einer Vorküßlerflasche aufbewahrt wurde, gereicht worden. Die Frau, die dem Postboten den Eiför angeboten hatte, wollte sich nach dem Unglück aus dem Fenster stürzen, wurde jedoch daran verhindert.

Verhafteter Zigaretten schmuggler

Bei dem Versuch, 10.000 Zigaretten nach Deutschland einzuschmuggeln, wurde in Trieg ein Mann verhaftet, der diesen Schmuggel mit Hilfe eines Schalters durchzuführen versuchte, der so geförmt und angebracht war, als ob er zur Einrichtung eines Eisenbahnwagens gehörte. Die Zigaretten sollten nach Frankfurt a. M. weiter gegeben und von da nach anderen deutschen Großstädten, wo schon seit Monaten ein umfangreicher Verkauf geschmuggelter luxemburgischer und belgischer Zigaretten beobachtet worden war. Der festgenommene Schmuggler hat bereits mehrere hunderttausend Zigaretten über die Grenze geschafft. Er hatte Mithilfe. Man nimmt an, daß die Zigaretten nachts mit Kähnen über den Grenzfluß Sauer befördert oder mit Drahtseilen in wasserdichten Gefäßen durch den Fluß gezogen worden sind.

Neue Aufzeichnungen der Andree-Expedition

Wie eine Stockholmer Zeitung meldet, hat man bei der Registrierung der Andree-Funde eine aufsehenerregende Entdeckung gemacht. In einem vorher als unbeschriebenen Kalender hat man jetzt zwei Aufzeichnungen gefunden, die ein späteres Datum betreffen, als die bisher gefundenen Aufzeichnungen. Am Sonntag, den 17. Oktober, ist vermerkt: Nach Hause. Am darauffolgenden Tage befindet sich in dem Kalender eine Aufzeichnung über einen Geurstag. Beide Aufzeichnungen stammen von Strindberg und helfen die abstraktesten Aufzeichnungen der Expeditionsteilnehmer dar.

Schmelzer der Weltmeister aberkannt

Die Athletikkommission des Staates New York hat beschlossen, dem deutschen Schwergewichtsmittelmeister Max Schmelzer den Weltmeisterittel abzurufen. Der Beschluss der Kommission kann Geltung nur für den Staat New York beanspruchen.

Hastbefehl gegen den Dzanflieger Levine

Der New Yorker stellvertretende Staatsanwalt hat die Festnahme Charles A. Levine angeordnet, weil Levine der Zuforderung nicht nachgekommen ist, vor Gericht zu erscheinen und über den Betrag von Aktien im Werte von 21.900 Dollar Auskunft zu geben, die von einer Versicherungsfirma als vermist gemeldet worden sind.

Elli Weinhorn in Barcelona gelandet

Die Afrikafliegerin Elli Weinhorn ist gestern nachmittag aus Lyon in Barcelona eingetroffen und glücklich gelandet. Sie hat die Strecke Lyon-Barcelona in etwa 5 1/2 Stunden zurückgelegt. In Barcelona wird sie zwei bis drei Tage verweilen, um sich den letzten technischen Vorbereitungen für ihren Afrikaflug zu widmen, der sie von Barcelona aus die spanische Küste entlang nach Cartagena oder Alicante und von dort zunächst nach Casablanca in Marokko führen wird.

Yvonne war empört . . .

Ein Pariser Zivilgericht hat am Freitag eine warnende Entscheidung für alle Verführer gefällt, die es wagen sollten, in das Glück einer friedlichen Ehe einzugreifen. Ein Industrieller hatte vor einiger Zeit eine junge verheiratete Frau namens Yvonne kennen und lieben gelernt. Er wußte Yvonne dazu zu bestimmen, sich von ihrem Gatten scheiden zu lassen. Während des Scheidungsprozesses unternahm der Verführer eine diskrete Geschäftsreise nach Amerika. Dort hat sich aber seine Liebe für Yvonne so sehr abgekühlt, daß er bei seiner Rückkehr darauf verzichtete, sie zu heiraten. Yvonne verklagte ihn nun wegen Verlustes einer „legal gesicherten Stellung“ und erhielt vom Gericht eine monatliche Rente von 3000 Franken zugesprochen.

Woréddrama in England

In einem einsamen Moorgebiet in Northumberland ereignete sich ein furchtbarer Mord. Die 25jährige Tochter eines Garagenbesizers aus Duerburn hatte einen Mann ein Stück in ihrem Auto mitgenommen. Unterwegs schlug der Unbekannte das junge Mädchen nieder, steckte das Auto in Brand und ließ den Wagen mit der Insassin einen Hügel hinabrollen. Das Mädchen wurde schwer verletzt und von zahlreichen Brandwunden bedeckt aufgefunden. Nachdem es kurz mitgeteilt hatte, was ihr geschehen war, verschied es.

Boxer Carpentier entführt

In New York wurde der frühere Europa-Boxmeister Carpentier zusammen mit Lita Grey Chaplin Charlie Chaplins zweiter geschiedener Frau, nach Schluß einer Theatervorführung von Fans überfallen und im Auto entführt. Weit vor der Stadt wurde das Paar abgesetzt, nachdem man ihm alle Wertgegenstände und alles Geld, insgesamt 25.000 Dollar, abgenommen hatte.

USA ohne Methyalkohol

In den Vereinigten Staaten wird auf Grund einer Bestimmung der Regierung vom 1. Januar ab die Produktion von denaturiertem Holzalkohol eingestellt. Der Methyalkohol wird durch eine neue Mischung ersetzt werden, die nicht giftig und trotzdem annehmbar ist. Der neue Alkohol, der hauptsächlich in der Industrie Verwendung finden soll, und mit Benzin gemischt, einen guten Betriebsstoff für Automotoren darstellt, riecht zwar nach faulen Eiern und besitzt einen außerordentlich unangenehmen laublauchartigen Geschmack. Auch wenn man ihn umdestilliert, bleibt der üble Geschmack in voller Stärke erhalten.

Engles Mörder verhaftet

Ein Fandenführer, Leo Brochers, der gestern in Chicago verhaftet wurde, soll den Mord an dem Reporter Alfred Ingle eingeschanden haben. Die Bluttat an Ingle, der am 9. Juni des vergangenen Jahres am hellen Tage mitten in der Stadt niedergeschossen wurde, hat seinerzeit großes Aufsehen erregt.

Folgeschwere Gasexplosion

In der Erdgeschosswohnung eines Neubauwerks der Buchergesellschaft in Hamburg ereignete sich eine schwere Gasexplosion. Während sich im Küchenherd Feuer befand und der Kessel geöffnert war, entzündete sich das herausströmende Gas einer solchen Wucht, daß ein dreieckiges Fenster die Straße geschleudert wurde, eine Wand des Wohnzimmers und Badezimmer einstürzte und mehrere Türen zerplitterten. Bis zu dem dritten Stockwerk wurden in sämtlichen Zimmern die Bekleidungsgegenstände von den Türen losgerissen, zahlreiche Türen eingedrückt und Schlösser und Sperrhaken durch den geringen Luftdruck geöffnet. In der Wohnung fand man den einzigen Wohnungsinhaber tot auf. Ob es sich um einen Unglücksfall oder die Tat eines Lebensmüden handelt, steht noch nicht fest.

Zwei Mordmörder

Die Prüfung der Geischoffe, die in den Leichen der beiden Nationalsozialisten in Berlin gemauerten Willi Meißner und Herbert Graf gefunden worden waren, hat, daß die Kugeln aus zwei verschiedenen Pistolen gegeben worden sind. Es ist somit anzunehmen, daß es sich bei der Tat um zwei verschiedene Mörder handelt. Eine weitere Tat hat sich bis jetzt noch nicht finden lassen.

Verhafteter Mörder

In Rürim wurde ein Vandalenarbeiter unter dem Verdacht verhaftet, vor drei Jahren den Landwirt Gathe in Zerichow, Bezirk Magdeburg, ermordet zu haben.

Raubüberfall bei Kassel

In der Nähe von Dutterberg bei Kassel überfielen zwei kühne Räuber den Chauffeur eines Kasseler Kameters, zwangen ihn unter Todesdrohungen, sich in den Koffern des Wagens zu legen, verbanden ihm die Augen, ließen ihn, fuhr eine Weile den Wagen in Richtung Kassel und ließen ihn dann schließlich im Stich, nachdem sie den Chauffeur seiner gesamten Bauschaft beraubt hatten.

Schloß Glienide als Hotel?

Prinz Friedrich Leopold von Preußen braucht dringend Geld. Er soll deshalb beschließen, das ihm gehörende Schloß Glienide an der Havel zu verpachten, da er selbst keinen

Sämengräber unter Raubreif und Schnee



Das Bild aus der Gegend von Hefje in der Provinz Hannover.

Schmerzloses Rasieren durch vorheriges Einreiben mit:

NIVEA CREME

Preise: RM. 0,20-1,20

Die erzieherische Autorität

Die häufigsten Klagen jener Menschen, die infolge zu Lebenserfahrung oder infolge mangelhafter pädagogischer am wenigsten hängen, lautet: „Die heutige Pädagogik läßt sich nicht mehr lehren; sie kennt gar keine Autorität mehr.“ Wenn diese Menschen einmal Gelegenheit haben, einen Einblick in geleitete moderne Erziehungsheime zu bekommen, so werden sie wahrscheinlich feststellen, daß in diesen Stätten wirklich fortschrittliche Erziehung herrscht, daß die erzieherische Autorität im besten Sinne vorliegt und freudig läßt sich der Forderung des Erziehers unterwerfen. Es muß doch also nicht so sehr die „heutige Pädagogik“ die so autoritätsfeindlich ist, sondern an den Erziehern liegt es, und wer sich über Mangel an Autorität beklagt, ist selbst daran schuld.

Es kommt es aber, daß einige Menschen Autorität bei der Pädagogik, andere nicht? Muß der Erzieher überhaupt seinen gegenüber Autorität haben. Beide Fragen wird uns die Überlegung beantworten.

Die Kinder sind der Welt, in die sie hinein geboren sind, nicht von vornherein geistig und seelisch gewachsen. Ihr Geist muß sich erst zu der Stufe entwickeln, der dem heutigen Durchschnitt entspricht, und das ihnen angeborene Bestreben zu lieben und geliebt zu werden, muß allmählich lernen, sich mehr auf direkte und primitive Befriedigung in diesen Verhältnissen und sich ganz bestimmten gesellschaftlichen und Bedingungen einzuwöhnen. Diese schwierige Arbeit an den Kindern nennen wir Erziehung. Sie ist heute in nicht bezweifelbarer Weise gespalten in eine vorwiegend theoretische, das heißt wissenschaftliche und eine vorwiegend praktische, das heißt charakterbildende Tätigkeit. Die erste fällt dem Elternteil zu, die zweite dem Erzieher zu. Wenn auch zum großen Teil in diesem Sinne nicht durchzuführen ist, doch im Prinzip eine derartige Zweiteilung vorhanden. Im Elternhaus ist also in erster Linie die Aufgabe, das reine Luststreben des Kindes behutend und zielbewußt zu lenken, die der rauhen Wirklichkeit angepaßt, wie man in der Psychologie sagt, das Lustprinzip des Seelenlebens in das Realprinzip des erwachsenen Lebens zu verwandeln. Das Kind muß lernen, daß man nicht nur kann, was einem Spaß macht. In dieser Lehre muß das Kind, dessen größere Erfahrung und dessen Wissen diese bereits besitzt, dem Kinde verhilft. Wenn ich aber behaupte auf einem Gebiete, auf dem mir selbst die zur erforderlichen Kenntnisse fehlen, den Erfahrungen eines anderen und keine Ratshilfe befehlen soll, so muß dieser für mich eine Autorität sein, weil ich nur dann zu ihm gehen werde. Genau so ist es beim Kinde: Autorität zum Erziehen unbedingt erforderlich, und diese ist Vertrauenssache. Der Erzieher muß sich die das Vertrauen des Jünglings erwerben und muß es sich erhalten wissen, wenn er Autorität besitzen will.

Die Autorität ist die erzieherische Autorität, soziologisch ein Machtfaktor ist, so glauben viele Menschen, sie kann durch erzwingen. Macht ist jedoch nicht erzwingbar, wenn es auch manchmal so scheint. Diese Behauptung ist nicht nur auf einen sehr verbreiteten Bereich von Macht und Gewalt, Gewalt beruht wohl auf Macht, dagegen ist überall dort vorhanden, wo der Wille des einen einer Menschengruppe ausreicht, sich durchzusetzen, das heißt eine solche Macht in einer bestimmten Beziehung ist, daß man mit ihr rechnen kann, so nennen wir es. Der Erzieher übt also eine Art Herrschaft aus, Herrschaft ist überhaupt niemals erzwingbar, sondern muß stets auf einem freiwilligen Unterwerfenswillen des Beherrschten, mag dieser nun durch moralische, geistliche Motive oder, wie in der Erziehung dem Glauben an eine Gnadengabe im Herrscher entspringt. Die Kunst der Erziehung ist eine Gnadengabe, und sie ist vorhanden, wo der Erzieher im Kinde den Glauben wecken zu können weiß. Dieser Glaube beruht auf Liebe, so mit äußerem Zwang erzogen will, wer die Liebe von sich aus mit Gewalt aufzuzwingen will, der wird zwar die äußeren Willen durchsetzen, aber er wird die pädagogische Scheinerfolge erreichen; das Kind wird Verbote nicht nachkommen, sobald man ihm den Weg zeigt. Wahre erzieherische Autorität kommt nicht von außen, sondern von innen, geht nicht vom Erzieher, sondern vom Kinde aus. Das ist nicht etwa so zu verstehen, daß der Erzieher alles tun soll, was das Kind verlangt, sondern so, daß der Erzieher das Kind auf Grund einer Liebe, die ihre Wurzeln in der Liebe des Kindes hat.

Die Liebe des Kindes zu seinen Erziehern, besonders zu Eltern, ist es nun wieder ein eigen Ding. In den ersten Jahren des Lebens, „lernt“ das Kind lieben, das heißt sein Erleben nimmt in früher Jugend seinen Ausgang, um sich allmählich zu geeigneteren und wichtigeren Objekten hinüberzuführen. In der Liebe des Kindes zu seinen Eltern liegen demnach die Wurzeln zu späteren fortwährenden Liebe als Erwachsener, und keine Liebe im späteren Leben kann von dieser ersten Bindung abreißen, wenn diese durch falsche Behandlung der Erzieher eine falsche Einbuße erleidet. Das eigentliche und für den Erzieher so unendlich wichtige ist nun, daß das Kind diese ersten Erfahrungen seiner Gefühlsstufe zu ungeeigneten Objekten des Erlebens anzuwenden nur dadurch aufgeben kann, es sich im Unbewußten selbst mit seinen Eltern verbindet. Diese Identifizierung ermöglicht ihm das wichtigste für die Erziehung gibt, den Verzicht auf dem alle Entwicklung beruht und der das einzige Mittel zur Überwindung immer neu auftretender Konflikte ist, die übertriebene Forderungen der kindlichen Entwicklung darstellen. Mit diesen Worten: Die Liebe zu den Eltern und Erziehern ist nicht nur die Wurzel der Autorität, sondern sie führt auch dazu, daß das Kind die Eltern nachahmt. Was also das Kind verlangt, nicht der Elternteil, sondern das Beispiel. So müssen wir verstehen, wenn er sagt: „Erziehung ist Beispiel, das heißt — Imitation.“ Die vorwiegend theoretische Erziehung des Erziehers, das eine besondere Stelle in der Erziehung einnimmt, sollten sich immer dessen bewußt sein, daß das ganze Geheimnis der Erziehung im guten Beispiel liegt. Aus dem guten und der Liebe anderer Kinder ergibt sich dann auch die Autorität!

Stichtätigkeit der indischen Frau

Die Stichtätigkeit der indischen Frau — Die Stichtätigkeit der indischen Frau

Paris ist eine Stadt, die herangewachsen, die charakteristisch ist, und vertritt die Verhältnisse in Indien. In Paris sind 319 Millionen Menschen beschäftigt, ungefähr so viele Menschen, wie in ganz Europa. In Paris leben 10 Millionen Menschen, in ganz Europa 10 Millionen Menschen, in Indien 319 Millionen Menschen, darunter 10 Millionen Hindus und 10 Millionen Christen. In Indien können nur sehr wenige lesen und schreiben. Kein Land

der Welt hat so viele Analphabeten wie Indien, dennoch aber gibt es 350 000 sogenannte Dichter dort.

Im letzten Jahre gab es 27 Millionen Witwen in Indien, und damit kommen wir zu der Stellung der Frau in diesem komplizierten Staatsgebilde.

Die indischen Ehemänner sterben alle in verhältnismäßig jungen Jahren. Noch vor zwei Jahrzehnten war es Pflicht der indischen Witwe, sich am Begräbnistage ihres Mannes verbrennen zu lassen. Diese Grausamkeit haben die Engländer verboten; auch Gandhi ist gegen diese barbarische Sitte. Sie besteht freilich noch heute in den religiösen Vorstädten, aber in Wirklichkeit ist sie durch eine neue Verordnung ersetzt, die der Witwe erlaubt, sich wieder zu verheiraten, allerdings nur, wenn der verstorbene Mann in Gegenwart von zwei Zeugen die Genehmigung dazu erteilt hat. Mit zwölf Jahren darf ein Mädchen heiraten. Daß so ein junges Mädchen von Kinderpflege wenig Ahnung hat, ist selbstverständlich; die schreckliche Folge ist, daß in jedem Jahre zwei Millionen Säuglinge sterben, neben 800 000 Neugeborenen. Ebenso grauenvoll aber ist, daß Jahr für Jahr zwölf Millionen junge Mütter im Wochenbett sterben. Schuld daran sind die allgemeinen Verhältnisse und die Nichtachtung der Männer, die ihre Frauen, wenn die Stunde der Geburt kommt, in den Stall jagen. Ein so nüchternes Wesen wie die Hebamme, wird in Indien aufs höchste verachtet und als unrein angesehen.

In Indien haben nur Knaben Wert. Wird ein Knabe krank, so wird gleich ein Arzt geholt. Um ein Mädchen dagegen kümmert sich niemand. Es kommt denn auch selten vor, daß mehrere Töchter eines Ehepaars das Kindesalter überleben. Ein indisches Sprichwort sagt: „Ein Mädchen in Indien hat nur Gott zum Beschützer“, womit die Sachlage allerdings deutlich genug ausgedrückt ist. Erklärerend ist auch, daß unter hundert indischen Bettlern hundert Frauen sind, und zwar sind diese Bettlerinnen meist Witwen, die nach dem Tode ihres Mannes aus dem Hause gejagt werden. Eine besonders schreckliche Sitte ist, daß die Schwiegermutter die Schwiegerkinder entleidet und ihr zum Ertrag ein paar elende Lumpen gibt, sowie ihr das Haar abschneidet. Dann drückt sie ihr den Bettelstab in die Hand und jagt sie auf die Landstraße, wo die meisten dieser unglücklichen Frauen Hungers sterben.

Rur eine trostlose Statistik, und doch erschütternd wie das graue Gemälde eines nicht mehr vorstellbaren Daseins. Dort leben die Massen im Elend, Schmutz und Unwissenheit, dort verkommen die Frauen millionenweise. Jahr für Jahr ... das sind Zustände, die wir nicht mehr für möglich gehalten hätten. Es mutet wie ein graufiges Märchen an, ... auf der einen Seite das „Zauberland“ Indien mit seinen Tempeln und Wunderbauten ohne Zahl, mit seinen im Krampf erstickenden Maharadschas, auf der anderen Seite das graue Elend. Eines Tages wird auch für die indische Frau die Stunde schlagen, da sie Hedwig Zeit.

Fünf Jahre Frauenfunk

Südwärts von Berlin ragen die Junktürme von Königs- wusterhausen auf und grünen weit ins Land. Wie jarte Pilgrimsfahrten sehen sie in der Ferne aus wie geheimnisvolle, aus Luftgepölk gewebte Bauten, die Erde und Himmel miteinander verbinden. Hier liegt die Großfunkstelle, die täglich die Pressemeldungen der großen Nachrichtenbüros darunter auch die des „Sozialdemokratischen Pressebüros“ an die Redaktionen der deutschen Zeitungen verbreitet. Außerdem geht von Königs- wusterhausen der größte Teil des für Europa bestimmten drahtlosen Nachrichtenendienstes aus.

Vor fünf Jahren, am 7. Januar 1926, begann in Königs- wusterhausen der neue Deutschlandsender zu arbeiten. Sein Programm war zunächst sehr bescheiden — nur nachmittags in der Zeit von 17 bis 19 Uhr wollte er belehrende Vorträge aus den Gebieten der Pädagogik, der Hygiene und der Medizin verbreiten. Aber bald wurde das Programm immer umfangreicher und vielseitiger. Besonders für uns Frauen ist es außerordentlich interessant, wie in dieses Programm allmählich immer mehr Themen aufgenommen wurden, die das Schaffen und Wirken der Frau, ihre Aufgaben, ihre Berufsmöglichkeiten, ihre Wünsche und Anregungen zum Gegenstand hatten. Zunächst war es vor allem das Reich der Hausfrau, das auf seinen verschiedenen Gebieten im Deutschlandsender behandelt wurde. „Haushalt und Haftpflicht“, „Familienfragen der Neuzeit“, „Haushalt und Hausgeflügel“ — das waren einige der ersten Themen, die wir gespanntem Ohren und noch ganz unter dem Eindruck des großen, neuen Wunders, das aus dem Fernher zu uns gekommen war, mit anhörten. Aber auch der Landfrau das verdient besonders hervorgehoben zu werden — wurde innerhalb dieses Anfangs so bedeutenden Programms sofort Raum gewährt. Ausführliche, lehrreiche Vorträge über das Schlachten im Landhaus, über die Bäckerei auf dem Lande, über das Ragout und Verspuden von Obst, Bereitung von Obstsaften und Wein, über Säuglingspflege, Früchtereuerung und vieles andere zeigten der Landfrau, die oft weit abseits von Schulen und damit von Fortbildungsmöglichkeiten aller Art wohnte, daß der neue Sender sich keiner Aufgabe, die er gerade dieser Frauengattung gegenüber zu erfüllen hatte, wohl bewußt war.

Aber immer weiter wurde der Kreis des Frauenfunk. Bald war der Rahmen des Kur-Hausfrauenfunk gesprengt. Zwar kann man bis auf den heutigen Tag auch Regente, praktische Räte aller Art Fragen der Küche und der Bewirtschaftung im Deutschlandsender behandeln hören, aber dieses Gebiet ist doch nur ein Teil der Frauenbewegung, des großen Reiches der modernen, kampfenden, tätigen Frau auf allen Gebieten des Berufslebens in und außer dem Hause. Der Weg der Frau in der Politik, in der sozialen Fürsorge, im Staat, im Rechtsleben, im Völkerverbund, ihre Tätigkeit in der Fabrik, im Büro, im Hotelgewerbe, in den Redaktionen, in freien und akademischen Berufen, ihre Stellung zur Ehe, zur Mutterpflicht — das alles wurde immer mehr der Rahmen, in dem die verschiedensten Teilgebiete des Frauenlebens behandelt wurden. Bald wurde täglich eine besondere „Frauenstunde“ eingerichtet, die in reichhaltiger und abwechslungsreicher Art den weiblichen Hörern Gelegenheit zur Vertiefung ihres Wissens, zu neuen Anregungen und gleichzeitig zu praktischer Unterweisung auf allen Gebieten des täglichen Lebens geben sollte. Heute ist die „Frauenstunde“ nur noch drei bis viermal monatlich im Programm des Deutschlandsenders zu finden. Stattdessen wurden besondere „Jungfrauenstunden“ eingerichtet, da den jugendlichen Mädchen die „Frauenstunden“ zu wenig sei, was gerade auf ihre besonderen Wünsche und Sorgen Bezug nahm; ferner gibt es Ballet- und Handarbeitsstunden und endlich die „Elternstunden“ am Sonntag, die in Diskussionen und Referaten vor allem der Erziehung der Kinder und der heranwachsenden Jugendlichen gewidmet ist.

Der Frauenfunk ist für die Frauen aller Lebensalter und aller Berufe da, aber er kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn seine Hörerinnen aufmerksam sein Programm verfolgen und auch nicht davon zurückkommen, in Zukunft ihre Wünsche, ihre Anregungen oder ihr Wissen auszusprechen. Gerade die geschäftliche Arbeiterfrau unserer Zeit hat ein großes Interesse daran, zu erfahren, was der Rundfunk der Frau der Gegenwart zu bieten hat, ob er in einem Grade, der den großen sozialen und sozialen Problemen der deutschen Republik gerecht wird, oder aber in reaktionärem, fortschrittsfeindlichem Sinne seine Darbietungen jenseit. Das gleiche gilt für die Landfrau,

die oft genug, leider mit Recht, das „Stiefkind der Frauenbewegung“ genannt wurde, und die auch heute noch vielfach in mittelalterlicher Gebundenheit und in entwürdigenden Verhältnissen als Tagelöhnerin ihr hartes Brot verdienen muß. Für sie bietet die Rundfunkanlage, die sie sich mit ihren bescheidenen Mitteln zusammengespargt hat, den Ersatz für unendlich vieles, das sie entbehren muß. Gerade deshalb darf sie erwarten, daß das Programm des „Frauenfunk“ ihr neben der unerlässlichen praktischen Belehrung auch weltanschaulich etwas bietet, das ihrem Leben und ihrer harten Arbeit nicht hoch spricht. Denn nur dann, wenn auch der Rundfunk der Helfer der Frauen ist in ihrem großen Kampfe, den sie Seite an Seite mit ihren männlichen Kameraden gerade in besonders hartem und erbitertem Ringen führen, ist der Zweck, den der Frauenfunk vor allem für die Proletarierin der Gegenwart verfolgen muß, erreicht.

Aufgaben der Bevölkerungspolitik

Wir erkennen seit einiger Zeit die erschreckende Tatsache, daß wir Gefahr laufen, ein sterbendes Volk zu werden, und daß wir alle Mittel ergreifen müssen, um durch eine aktive Bevölkerungspolitik die Gefahren, die aus dieser Tatsache drohen, zu bannen. Das Reichsministerium des Innern hat vor mehreren Monaten unter Leitung des Ministerialdirektors Professor Gottstein einen Reichsausschuß für Bevölkerungspolitik begründet, der unter Verzicht auf rein theoretische Erörterungen seine Aufgabe nach drei Richtungen hin zu erfüllen sucht: Beilegung des Geburtenrückganges, Schutz der schwangeren Frau, Herabminderung der Frühsterblichkeit. Besonders sollen auch die kinderreichen Familien in ihren besonderen Interessen geschützt werden. Mit Recht weist Professor Dr. Gottstein darauf hin, daß die weit verbreitete Meinung, als ob ein weiterer Geburtenrückgang die Erwerbsfähigkeit mindere und die wirtschaftliche Not erleichtern könne, irrig sei. Denn der gegenwärtige Geburtenrückgang wird auf dem Arbeitsmarkt erst in 16 bis 20 Jahren spürbar werden, und der Geburtenausfall des Krieges, der sich im Augenblick auswirkt, wird den Arbeitsmarkt eher verhängnisvoll als günstig beeinflussen. In gewissem Sinne vorbildlich in der Bekämpfung des Geburtenrückganges arbeitet Frankreich durch seine wirtschaftliche Begünstigung der Elternschaft, ebenso Italien, das durch Besteuerung der ledigen und kinderlosen Mittel für Zwecke der Jugendpflege und des Säuglingschutzes schafft.

Eine von dem sozialdemokratischen Sozialhygieniker Professor Grotzahn geleitete Arbeitsgruppe hat sich mit der Bevölkerungspolitik in ihrer Beziehung zur Steuerreform beschäftigt. Dieser Ausschuss sieht eine der Möglichkeiten, den wirtschaftlichen Druck für kinderreiche Familien zu erleichtern, in der Berücksichtigung des Familienstandes bei der Gestaltung der direkten Steuern. Er fordert deshalb ein konsequent durchzuführendes Familien- und Kinderprivileg in der Lohn- und Einkommensteuer, ferner in der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Für jedes Familienmitglied ohne Begrenzung der Familienzahl nach oben müßte ein steuerfreies Existenzminimum von mindestens 600 Mark festgelegt werden.

Eine andere Gruppe beschäftigte sich mit der Frage des Einflusses der Erwerbstätigkeit der Frau auf die Schwangerschaft. Uebereinstimmend wurde festgestellt, daß Erwerbsarbeit in den letzten Monaten der Schwangerschaft und in den ersten Monaten nach der Geburt für Mutter und Kind nicht günstig ist und daß für die Frauen die nötige Arbeitsruhe in dieser Zeit so lange nicht als gesichert betrachtet werden kann, als der Lohnausfall durch Wochenhilfe und Wochenfürsorge nicht in voller Höhe gedeckt ist. In dieser Hinsicht ist nach einer ganzen Reihe von Verbesserungen notwendig, vor allem auch die Verlängerung der Arbeitsruhe nach der Niederkunft und die Ausdehnung der besonderen Schutzbestimmungen über Arbeitszeit und Eintrittsalter für jugendliche Arbeiterinnen auch über die Industrie hinaus auf alle Betriebe des Haushaltes und der Landwirtschaft.

Die Minderung der Sterblichkeit in der ersten Lebenswoche wird als das bedeutendste Problem der Säuglingssterblichkeit betrachtet. Auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahrzehnten kaum eine Besserung eingetreten, wenn auch die allgemeine Säuglingssterblichkeit durch intensive Arbeit um 50 Prozent zurückgegangen ist. Die Ursachen dieser Erscheinung sind noch unklar. Während auf der einen Seite neuartige sozialhygienische Schädigungen, zurückzuführen auf die vermehrte Frauenarbeit usw. als Ursache angesehen werden, vertritt Professor Kott der Leiter dieser Arbeitsgruppe, die Ansicht, daß die große Frühsterblichkeit auf das statistisch nachweisbare relative Anwachsen der Erstgeburten zurückzuführen ist, eine Annahme, die dadurch gerechtfertigt erscheint, daß tatsächlich bei sinkender Geburtenziffer die Neugeborenensterblichkeit nicht etwa sinkt, sondern wächst, und daß sie umgekehrt bei steigender Geburtenziffer fällt. Es wird also eine Besserung der Ausbildung der Ärzte in der Geburtshilfe, eine einheitliche Regelung des Hebammenwesens und der Hebammenbildung und eine Verbesserung und Intensivierung der Schwangerenberatung, besonders zur Herabminderung der Frühgeburten notwendig sein.

In der Frage der Frühgeborenenfürsorge wurde von einer von Professor Langenhein geleiteten Arbeitsgruppe folgende Leitlinie formuliert und an das Reichsministerium des Innern weitergeleitet:

1. Jedes frühgeborene Kind ist fürsorgebedürftig und fürsorgeberechtigt. Eine planmäßige Frühgeborenenfürsorge ist als ausfahrtsmäßig zu betrachten.
 2. Die beste Form der Frühgeborenenfürsorge ist die Unterbringung frühgeborener Kinder in hierzu geeigneten Anstalten.
 3. Frühgeborene Kinder sind als fränke Kinder zu betrachten im Sinne der Familienhilfe der Krankenkassen.
 4. Für die Maßnahmen der offenen Fürsorge für Frühgeborene sind besondere Vorschläge notwendig, die noch ausgearbeitet sind.
 5. Besonderer Wert ist auf die vertiefte Ausbildung der Ärzte, Hebammen und der Pflege- und Fürsorgepersonen zu legen.
 6. Die baldige Verabschiedung des in Vorbereitung befindlichen Reichshebammengesetzes wird für dringend notwendig gehalten. Hierbei soll auch der Frage der Bekämpfung der Frühgeborenensterblichkeit besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden.
- Es ist zu hoffen, daß diese Arbeit des bevölkerungspolitischen Ausschusses in einer Intensivierung des Schwangerschafts- und Hebammenwesens ihren Niederschlag findet.

Parteigenossen!  **Arbeiterkollern!**
Eure Kinder gehören in die Sozialistische Arbeiterjugend.

Versand nach außerhalb von Mk. 20.- an portofrei!

ANNUAL

Nur solange Vorrat!

Mehrere Hundert
Damen-Kleider
aus verschied. Stoffarten wie Woll-,
Trikot-Charmeuse, Serie III 12.75,
Serie II 9.75, Serie I 4.95

Ein Posten
Dam.-Russenwesten 4.95
mit gemusterter Kante
Herrn-Lumberjacks 4.95
mit Reißverschluss, Wolle plattiert
Mehrere 100 Stück
Herrn-Lumberjacks 5.99
ohne Arm, reine Wolle, englisch
mehrfach, glatt und gemustert
3 Serien
Damen-Pullover 2.99
m. Arm, reine Wolle u. Wolle plattiert,
Serie II 3.45, Serie III 3.75, Serie I
Zirka 500 Stück
Damen-Morgenröcke 1.95
aus Weißes oder Waschmaat, mit
Atlas oder andersfarbiger Stoff-
blende, Serie IV 2.75, Serie III 4.05,
Serie II 2.65
Kinder-Lumberjacks 3.45
mit Reißverschluss, Wolle plattiert
Steigerung 25 ft. Länge 40
Kinder-Pullover
und Westen 1.95
z. T. reine Wolle, regulär, Wert,
bedeutend höher, Lg. 40-60 2.45
Zirka 250 Stück
reinwollene Kinder-Westen,
Pullover oder Anzüge
33% unter regulärem Wert

Damen-Strümpfe jedes Paar
künstliche Waschseide, 2. Wahl
oder
Herr.-Jacquard-Socken .50
Baumwolle
Herrn-Socken jedes Paar
Mako mit Kunstseide
oder
Dam.-Hafersöckchen .65
reine Wolle, mit Jacquardrand
Damen-Strümpfe jedes Paar
echt ägyptisch Mako
oder
Waschkunstseide plattiert
oder
Herr.-Wolljacquard-Sock .95
oder
Herrn-Sportstutzen
mit Bordüre oder durchgemulert
Damen-Strümpfe jedes Paar
Flor mit Kunstseide plattiert
oder
Kaschmirwolle, fehlerfrei 1.45
oder
Waschkunstseide, mod. Farben
Damen-Strümpfe jedes Paar
Wolle mit Kunstseide plattiert
oder
Kaschmirwolle, besonders 1.95
schwere Qualität
oder
Flor mit Kunstseide plattiert
mit Wollsohle

Ein Posten
Dam.-Futter-Schlüpfer .95
mit dicker Kunstseidendecke,
warmem Futter, viele Farben,
1.95, 1.25
Dam.-Futter-Prinzebröcke 1.95
mit guter Baumwolldecke, mäßig
gefüttert Länge 80-110
Ein großer Posten
Charmeuse-Schlüpfer 1.75
doppelseitig, fein u. starkklädige
Qualität, viele Farben, Gr. 42-48
Damen-Prinzebröcke 1.95
glatte Kunstseide, oben mit ca. 10 cm
breiter Valenciennespitze
Zirka 200 Stück
Damen-Prinzebröcke 3.75
Charmeuse doppelseitig, oben mit
eleg. auf Füll gestickt. Seid.-Motiv
Damen-Complets 4.90
glatte Kunstseide mit elegantem
Spitzengalon
Büstenhalter .50
aus Trikotstoff mit hübscher
Kunstseiden-Spitze
Corseletes 2.75
aus gemust. Dreil mit 4 Rüschen-
halter

Jetzt kaufen
ist unbedingt
lohnend
denn wir bringen
eine Fülle bester
Qualitätswaren
unglaublich
billig!

Die Veranstaltung
zeigt, was wir
infolge unserer
Großeinkäufe und
unserer Grob-
satzberechnung
Besonderes zu
leisten vermögen.

VERKAUF!

Damen-Handschuhe 1.60
Wollleder imitiert mit moderner
Maschenart, halbgelblich
Einige 100 Paar
Trikot-Handschuhe .95
für Damen und Herren, ganz ge-
füttert
Damen-Handschuhe 4.35
Kappe mit Fingerring
Ein Posten
Damen-Schürzen .58
Hessol, vorgewaschen, moderner
Kraus- und Spinnstummel
Viele 100 Stück
Kleiderkragen .50
aus Gelpo de China, Marocain
oder K. Schellwag, Serie III 1.25,
Serie II .95, Serie I .75
Große Posten
Wischtücher .10
Reinleinen, Halbleinen od. Baum-
wolle, z. T. gestreift u. gebündelt
Mehrere 100 Dutzend
Küchenhandtücher .32
Reinleinen, Halbleinen od. Baum-
wolle, gest. u. geb. - 75, - 55, - 45

Riesensortimente
Selbstbinder .48
mehr Sorten u. Muster, breite Formen
z. T. reine Seide, regulär, Wert be-
deutend höher. 1.45, 95, 75
Viele 100 Stück
Perkal-Oberhemden 2.45
gefüttert, Brust, moderne kleine Muster,
beste Verarbeitung 2.75
Große Posten
Herrn-Cachenez .95
weiß u. farbig, besonders billig, reine
Seide 3.75, 2.95, Kunstseide 1.45
Herr-Tuchgamaschen 1.65
moderne Straßenfarben, mit Patent-
oder Knopfverschluss 2.25
Herrn-Normalhosen 1.45
wollgemischt, z. Teil gewaschen
normale Größen 2.25
Herr-Normalhemden 1.95
wollgemischt, mit Doppelknopf,
saubere Qualität . . Größe 4-6 2.45
Ein großer Posten
Einsatzhemden 1.45
makulaturig od. weiß, mit moderner
Kraus- od. Trikot-Einsatz, 1.95
Herrn-Futterhosen 1.75
saubere Qual., ganz und beige 2.25

Große Posten
Bettgarnituren 3.95
1 Deckbett, 1 Kissen mit Klöppel-
einsatz, 1 Kissen glatt 80 x 60
Bettgarnitur 5.50
kräftiger Linon, 1 Deckbett, 1 Kissen
mit Kunstseiden-Einsatz, 1 Kissen
glatt, 80 x 80
Bettgarnitur 6.90
kräftiger Linon, 1 Deckbett 130 x 200,
1 Kissen mit Kunstseiden-Einsatz
reich garniert, 1 Kissen glatt 80 x 80
Creas-Betttücher 1.75
gehobene starkklädige Qualität,
130 x 200
Dam.-Trägerhemden 1.10
Wäschestoff mit Klöppelspitzen,
mit Sticker-Vorzierung
Achschlußhemden 1.95
feinbl. Wäschestoff mit breitem
Sticker-Ein- und Ansatz
Ein Posten
Dam.-Nachthemden 2.95
mit lang. Arm, - eif. Wäschestoff
u. Sticker-Ein- od. Ansatz u. Motiv
Einem billige
Damen-Schlafanzüge 3.90
m. lang. Arm, farbig, Wäschestoff
mit gehobener Weite

Ein großer Posten
Schlafdecken .88
Tropicaria oder ganz mit Seiden-
kaut. E. Wahl 1.25
Zirka 100 Stück
Barchent-Betttücher 1.75
weiß, mit selbstverlebbarem
Kraus, - T. schellwag, -
E. Wahl . . 1.65, 1.25, 1.05
Große Posten
Dam.-Jumper-Schürzen .95
aus hochwertigem selbstverlebbarem
ganzem Woll- oder Baumwoll-
stoff 1.45, 1.45, 1.25
4 Serien
Mädchen-Schürzen .55
aus hochwertigem selbstverlebbarem
od. leinwand. Stoff, Lg. 60-70 1.45,
55-65 1.45, Lg. 60-70 1.25, 65-75

Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit & m. h. H. Gartenstraße 67 (Capitol)

SAXONIA

Oblauer Straße 60/61 (am Christophorplatz)

Protest gegen die Kommunal-Diktatur

Einstimmiger Beschluß, die ungesetzlichen Steuern nicht durchzuführen

wirksame Protestrede des Genossen Bandmann - Kommunisten appellieren an das Preussen-Parlament Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokratie für die Erwerbslosen - Vorstoss der Rechten gegen die Kommunalwirtschaft - Bierpreis-Erhöhung im Schweidnitzer Keller durch Sozialdemokratie abgewehrt

Oberbürgermeister Dr. Wagner hat am 1. Januar seine Amtsperiode begonnen und wurde aus diesem Anlaß vom Vorstandsvorsitzer Genossen Bandmann in der Begrüßungsgedächtnisrede, daß für die Kommunalpolitik bald bessere Zeiten kommen mögen. Der Oberbürgermeister und versprach, weiter seine Arbeit unparteiisch an der Stadt zu stellen. Bürodirektor Schmidt gab einen Bericht über den Umfang der Arbeiten der Versammlung verfloßenen Jahre, worauf die Neuwahl des erfolgte. Die Wahl des Vorsitzers leitete als Alterspräsident der demokratische Stadtverordnete Justizrat Dr. Heil-Genosse Bandmann wurde mit 48 Stimmen wiedergewählt. Die gesamte Rechte hatte weiße Stimmzettel. Die vier Kommunisten stimmten für ihren Herrn als Vorsitzender-Stellvertreter wurde der Deutsche Nationalsozialist Friedrich mit gar nur 41 Stimmen gewählt, da diesmal die rechte Seite durch Abgabe weißer Stimmzettel quitierte. Die rechte Seite, der zu allen Posten gleichgültig ist, erhielt wieder 41 Stimmen. Wenn es die Kommunisten auch nicht fertig bringen, für den Sozialdemokraten Bandmann zu stimmen, haben die Sozialdemokraten doch dafür keine Vergeßung geübt. Herr Zylla vom Büro durch sozialdemokratische Toleranz erhalten, denn Zylla sind als Beisitzer der Zentrumsmann Sosinka, der Parteileiter Feilinger, sowie als deren Stellvertreter die beiden Frauen Krause und der Kommunist Zylla gewählt worden.

Die Versammlung in seiner Form ungewöhnlich gestaltete sich dann durch den Protest der Versammlung gegen die Einsetzung der Staatskommissare und deren Steuerdiktatur. Einem Vorleserplatz aus gab Genosse Bandmann eine Erklärung ab, in der die Rechte dieser Diktatur dargelegt und der Magistrat aufgerufen wurde, die von den Staatskommissaren angeordneten Steuern nicht einzuziehen. Selbstverständlich mußten die Kommunisten ihren eigenen Protest also redete Herr Wolt auch noch einmal. Über da er auch in der Sache keine Parole von der Parteileitung erhalten, fiel die Rede ganz merkwürdig schwach aus. Die Reden waren der Ansicht, Magistrat und Stadtverordnete sich an alle Parteien des Landtages (!) zu wenden. Sie sind also im Grunde ihres Herzens die größten Parlamentsverehrer und zeigen sich, wenn die besondere Moskauer Parole fehlt. So kam es zu einem einstimmigen Protestbeschlusse zustande. Die sozialdemokratische Fraktion hat auch das neue Jahr wieder mit der Arbeit für die Erwerbslosen begonnen. Genosse Otte begründet einen Dringlichkeitsantrag, den Straßenbahnfahrpreis für Erwerbslose auf 10 Pf. festzusetzen. Er erhofft dadurch zugleich eine Entlastung für die Stadt, da die Erwerbslosen den normalen Fahrpreis nicht zahlen können und deshalb jetzt oft rechtliche Wege zu den Stempelstellen zu Fuß zurücklegen müssen. Der Antrag ging in den Ausschuss. Wegen der verweigerten Ausschussbeihilfe wurde gestern auf sozialdemokratischen eine Konfliktkommission eingesetzt. Genosse Blauk hat dann noch einen dritten sozialdemokratischen Antrag, beim öffentlichen Garten dahin zu wirken, daß besonders billige Preise für Erwerbslose und Sozialrentner einzuwirken.

Die erste Kampfmaßnahme gegen die Steuerdiktatur der Staatskommissare erfolgte bei der vom Magistrat angeordneten und mit den Steuern begründeten Bierpreis-Erhöhung im Schweidnitzer Keller. Stadtrat Frzobilla vom Zentrum war sehr lebhaft für die Preiserhöhung ein, aber die Stöpe wies mit Erfolg auf die Inkonsequenz hin, die liegen würde einmal den Magistrat aufzufordern, die Steuern zu erhöhen und andererseits der Erhöhung zuzustimmen. So konsequent war bei der Abstimmung nur die knappe Mehrheit von 38 Stadtverordneten, während 36 die Steuern nicht erhöhen wollten.

Die schwere Kampfmassnahme um den Bestand der Gemeindefinanzkraft zeichnete sich gestern bereits ab. Hat der Bürger-Genossenschaft im vorigen Jahre für das private Elektrizitätswerk in der Stadt gesorgt, hat für das eigene Werk der Stadt, so ist die der private Profitgänger weiter gemacht. Der Volks-Genosse Salpaap verlangt in einem Antrag Auskunft über die Rentabilität sämtlicher städtischer Regiebetriebe. Die bankrotte Privatwirtschaft benutzt diese Auskunft, um nachzuweisen, vor allem Dummheit nachzuweisen, daß verschiedene städtische Betriebe „unrentabel“ sind und abgekauft werden müssen. In Privathänden werden diese Betriebe später schon die nötigen Gewinne abwerfen. Das ist das nächste dabei mit. Es interessiert sich im Interesse seiner Gesundheit, ob das Krematorium rentabel ist oder man nicht die Abfuhrkosten zu erhöhen kann, daß der Kirche keine Kosten mehr erwächst. Es will auch Auskunft über die Rentabilität des städtischen Krankenhauses, wo das Personal Tariflohn während es in den kirchlichen Krankenanstalten um einen Gehalt arbeitet. Der Wirtschaftsparteiler Zemma gefiel es in einer regelrechten Bierpreisprotestrede. Die Gas- und Wasser-Warmwasserapparate zum Preise von rund 500 Mark bestellt und geliefert bekommen haben, die sie in dem Schweidnitzer Keller gar nicht abgeben könnten. In Wirklichkeit ist das reine Bierpreisgeschäft, denn weder die städtische Verwaltung hat einen solchen Beschluß gefaßt, noch sind bisher die Stadtverordneten entsprechende Mittel bewilligt worden.

Herr Zemma müßte daraus als Stadtverordneter zwar von selbst schließen können, daß die Geschichte unmöglich wahr sein kann, aber wegen es gegen die Gemeinwirtschaft geht, ist jedes Mittel recht. Die Arbeiterschaft wird besonders der Erhaltung der Gemeinwirtschaft in der nächsten Zeit ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Die erste Sitzung des neuen Jahres wurde kurz nach 17 Uhr durch den Vorsitzenden Genossen Bandmann eröffnet, der einleitend den Oberbürgermeister Dr. Wagner in einer Ansprache zu dem am vorhergehenden Tage begonnenen zweiten Amtsperiode begrüßte. Er wies darauf hin, daß der Oberbürgermeister nach der Stadtsammlung mit allen Stimmen des Stadtparlamentes gewählt wurde, da er kein Unbekannter war und bereits in zehnjähriger Tätigkeit als Stadtrat gewirkt hatte. Auch bei der jetzt beginnenden neuen Amtszeit befindet sich die Stadt in großer Not und mit Sorgen und Sorgen müßte in die Zukunft geschaut werden. Der Stadtverordnetenvorsteher schloß seine von der Versammlung liehnd angehörte Ansprache mit dem Wunsch, daß die Stadt während der neuen Amtsperiode eine bessere Zukunft beschaffen sein möge.

Oberbürgermeister Dr. Wagner dankte für die Glückwünsche und wies darauf hin, daß an der heutigen Not nicht Umstände schuld sind, die vom Willen einzelner Personen abhängen. Mit der Versicherung, sein Amt auch in Zukunft mit Gerechtigkeit gegen jedermann zu verwalten, sprach er der Wunsch aus, daß andere verantwortliche Stellen mehr als bisher zu der Erkenntnis kommen mögen, daß die Stadt Breslau weitgehendster Hilfe bedarf und jeder nach seinen Kräften an der Verbreitung dieser Erkenntnis mitarbeiten möge.

Nach Verlesung des Geschäftsberichtes der Stadtverordnetenversammlung durch Bürodirektor Schmidt, übernahm Stadtrat Heilberg (Staatsp.) als das älteste Mitglied die Versammlungsleitung und dankte dem bisherigen Vorstand für seine Arbeiten. Unter seiner Leitung erfolgte die

Neuwahl des Vorsitzers

die wieder auf unseren Genossen Bandmann fiel. Im ersten Wahlgange wurden 52 Stimmzettel abgegeben, von denen 29 unbeschrieben und damit ungültig waren. Von den 53 gültigen Stimmen entfielen 48 auf den Stadtverordneten Bandmann, 1 Stimme auf den Stadtverordneten Friedrich (Dnct) und 4 Stimmen auf den Stadtverordneten Wolt (Komm.)

Stadtrat Bandmann dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versicherte, bestrebt zu sein, jedem Redner das Wort der Versammlung zu vererkaffen. Zum Stellvertreter des Vorsitzers wurde Stadtrat Dr. Friedrich mit 44 von 49 gültigen Stimmen gewählt. 33 Zettel waren unbeschrieben abgegeben worden und 5 Stimmen entfielen auf den Kommunisten Wolt. Durch Zufall wurden die Stadtrat Feilinger (Sp.), Sosinka (Ztr.) zu Beisitzern, und die Stadtrat Zylla (Komm.) und Frauen Krause (Staatsp.) zu Beisitzer-Stellvertretern wiedergewählt.

Für die Selbstverwaltung

Im Anschluß an die Wahl nahm sogleich Stadtverordnetenvorsteher Bandmann das Wort zu Begründung des von allen Parteien unterstützten Antrages, der den Magistrat ersucht, die von den Staatskommissaren diktierten neuen Steuern nicht einzuziehen. Er führte aus:

Einleitend möchte ich bemerken, daß auf mein an den Regierungspräsidenten unterm 30. v. M. gerichtetes Schreiben, dessen Inhalt Ihnen allen durch Mitteilung an Ihre Fraktion und durch Veröffentlichung in der Tagespresse bekannt ist, und in welchem ich insbesondere Aufklärung über die rechtliche Grundlage der Einsetzung der beiden Staatskommissare erbat, unterm 2. Januar cr. eine Antwort bei mir eingegangen ist, durch welche die schon vorher verschiedentlich gegebene Vermutung bestätigt wurde,

daß die Regierung zur Begründung ihres Vorgehens keine andere gesetzliche Grundlage heranzuziehen vermag als den § 191 Teil II Titel 6 des Allgemeinen Landrechts, ein Gesetz, welches bekanntlich im Jahre 1794 in Kraft getreten ist.

Auf meinen Hinweis, daß die beiden Regierungskommissare, die vom Preussischen Innen- und Finanzministerium nach Breslau entsandt worden sind, meiner Anregung, eine Aussprache mit den Fraktionsführern der Stadtverordneten-Versammlung stattfinden zu lassen, nicht Folge geleistet haben, erwidert mir

der Regierungspräsident

unterm 3. d. M. wörtlich folgendes:
Herr Dr. Schreiben vom 30. v. M. erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die Einsetzung der Staatskommissare für den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zur Durchführung der Steuererhöhungen auf Grund des Ministerialerlasses vom 21. Dezember 1930 - IV St. Breslau 28 VI und II B 4277 - von dem ich Ihnen eine Abschrift mit meiner Verfügung vom 26. v. M. übersandt habe, erfolgen dürfte. Diese Einsetzung der Staatskommissare beruht auf § 191 II 6 A ALR. Eine Anhörung der Stadtverordneten-Versammlung vor der Einsetzung der Staatskommissare und vor der Beschlußfassung über die Steuererhöhungen erübrigte sich, da der Magistrat bereits die Erhöhung abgelehnt hatte und mit Sicherheit nicht zu erwarten war, daß die Stadtverordneten-Versammlung nach ihrer früheren Stellungnahme vor Jahresfrist beschließen würde. (Stadtrat Karl Dietrich: „Woher kommt diese Erleuchtung?“)
Ich habe ferner zu dieser Angelegenheit von hiesigen Magistrat Mitteilung über folgende Beschlußfassung vom 2. d. M. erhalten:

Der Magistrat beschloß einmütig:

Gegen den Ministerialerlass vom 23. Dezember 1930 beim Preussischen Staatsministerium Verweigerung einzulegen und den Preussischen Städtetag um die Entsendung von Sachverständigen zur Begutachtung solcher Fragen zu bitten, deren Klärung nach Eingang des bereits angekündigten weiteren Ministerialerlasses über das Breslauer Sanierungsprogramm erforderlich sein sollte.

In einer gemeinsamen Besprechung der Fraktionsführer und der der Stadtverordneten-Versammlung angehörenden Juristen ist zu dieser Angelegenheit ein gemeinsamer Antrag beschlossen worden, der folgenden Wortlaut hat:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen

sich dem Proteste des Magistrats gegen das ungesetzliche Vorgehen der Aufsichtsbehörde bei der Erhöhung der Grundvermögenssteuer und der Biersteuer und der zur Durchführung der Erhöhung eingekerkerten Staatskommissare anzuschließen, jener den Magistrat zu ersuchen, die ungesetzlichen, im Gemeindeblatt Nr. 56 veröffentlichten Steuererhöhungen nicht durchzuführen.
Im Hinblick auf die Einmütigkeit, mit der dieser Antrag beschlossen worden ist, und angesichts der ganz außergewöhnlichen Bedeutung der uns beschäftigenden Frage, ist es für erforderlich erachtet worden, daß dieser Antrag namens sämtlicher Fraktionsführer durch den Vorsitzenden der Versammlung als überparteiliche Stelle begründet werden soll. Ich habe mich gern bereit erklärt, diesem Ersuchen stattzugeben und erlaube mir daher:

zur Begründung des Antrags

folgendes anzuführen:
Es ist zunächst mit Dank zu begrüßen, daß der Magistrat einmütig den von mir schon vorlesenen Entschluß gefaßt hat, gegen den ministeriellen Erlass, durch den die Einsetzung der Staatskommissare angeordnet worden ist, Verweigerung einzulegen und den Preussischen Städtetag gegebenenfalls um seine Mitwirkung in dieser Angelegenheit zu ersuchen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat noch mehr als der Magistrat Veranlassung, gegen das Vorgehen der Regierung schärfsten Protest zu erheben, denn während der Magistrat Gelegenheit hatte, zu den von der Regierung in Aussicht genommenen Erhöhungen der Biersteuer und der Grundvermögenssteuer Stellung zu nehmen, ist die Stadtverordneten-Versammlung nicht nur nicht gehört worden, sondern die beiden Regierungskommissare haben es, wie aus dem Ihnen bekannten Schriftwechsel hervorgeht, ausdrücklich abgelehnt, in irgendeiner Föhlung mit der Stadtverordneten-Versammlung zu treten.

Es ist nicht recht ersichtlich, wie der Regierungspräsident in seinem an mich gerichteten und von mir verlesenen Schreiben vom 3. d. M. die Vermutung aussprechen kann, daß die Stadtverordneten-Versammlung nach ihrer früheren Stellungnahme vor Jahresfrist eine Entschickung nicht treffen würde. Der Weg, den die Regierung einschlagen mußte, ist so klar vorgezeichnet, daß er gar nicht verfehlt werden konnte.

Es war mehr als selbstverständlich, daß der für den Magistrat eingesezte Staatskommissar an Stelle des Magistrats eine Vorlage auf Erhöhung der beiden Steuern an die Stadtverordneten-Versammlung richten mußte mit dem Ersuchen, nach vor Jahresfrist eine erforderliche, falls außerordentliche Sitzung einzuberufen, und ich hätte es als Vorsitzender der Stadtverordneten-Versammlung für meine selbstverständliche Pflicht gehalten, diesem Ersuchen mit größter Beschleunigung stattzugeben. Das Vorgehen der Regierung und des Staatskommissars war aber daß von vornherein die feste und vorgesehene Übung bestand, die Stadtverordneten-Versammlung vollständig auszuscheiden und über ihren Kopf hinweg nach eigenem Gutdünken Entschickungen zu treffen.

Wenn es auch das Recht und unter Umständen die gebotene Pflicht der Regierung als Aufsichtsbehörde ist, Vorkehrungen zu treffen, daß eine beschluß- oder aktionsunfähig gemordete Stadtverordneten-Versammlung nicht des Wahl- und Gemeinde der Stadtgemeinde gefährdet darf, so kann von einem solchen Recht doch keinesfalls die Rede sein, wenn geschildert verstanden wird, die Stadtverordneten-Versammlung in Tätigkeit treten zu lassen. Auch die berücklete und verfaßte Bestimmung des Allgemeinen Landrechts, auf die die Regierung sich stützt, kann ihr Vorgehen nicht rechtfertigen.

Ich will hier nicht mit langen juristischen Auseinandersetzungen kommen, zumal über diese Fragen in der Tagespresse und in Fachzeitschriften gerade in den letzten Wochen und Tagen viel geschrieben worden ist, aber das eine muß den Juristen wie den Laien sofort einleuchten, daß nämlich diese Bestimmung, sofern sie überhaupt auf Stadtgemeinden jemals Anwendung finden konnte, jegliche Bedeutung und Rechtswirksamkeit verloren hat, nachdem in der Folgezeit das Selbstverwaltungsrecht der Städte geschaffen und das Recht der Städte in Stadtverordneten keine gesetzliche Grundlage gefunden hat. Schon in der Städteordnung vom Jahre 1808, die von Friedrich Wilhelm III. erlassen worden ist, findet sich die ausdrückliche Bestimmung, daß die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts aufgehoben worden sind. Sinn und Zweck der späteren Städteordnungen war es ebenfalls, das Selbstverwaltungsrecht der Städte in vollem Umfange zu regeln und nicht neben die in einem neueren Geist entworfenen Gesetzen alte und veraltete Bestimmungen stellen zu lassen, die ihre Rechtmäßigkeit gehabt haben mögen zu einer Zeit, als der Gedanke der Selbstverwaltung der Gemeinden noch nicht geboren war.

Im übrigen steht die mehrfach erwähnte Bestimmung des Landrechts in einem Abschnitt, der es überhaupt zweifelhaft macht, ob sich diese Bestimmung jemals auf politische Gemeinden und nicht nur auf mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaften, Korporationen, Stiftungen usw. bezogen hat.

Eine besondere Kapazität auf dem Gebiete des öffentlichen, insbesondere des Gemeinderechts, wie Prof. Stier-Somlo in Köln, hat sich neuerdings in einem eingehend begründeten Aufsatz ebenfalls zu der Ansicht bekant, daß die Einsetzung von Staatskommissaren durch die erwähnte Bestimmung des Landrechts nicht begründet werden kann.

Dazu kommt schließlich noch, daß selbst wenn man diese Bestimmung als anwendbar erklären wollte, sie einen Eingriff des Staates nur dann zuläßt, wenn, wie es wörtlich heißt, durch Mißbräuche oder Mängel der inneren Verfassungen Nachteil für das Gemeinwohl hervorgerufen wird. Liegen diese Voraussetzungen vor, so ist der Staat nur befugt, zur Abhaltung der Mißbräuche und Wiederherstellung der guten Ordnung zweckmäßige Mittel vorzuschreiben. Der Verfasser dieser Bestimmung

wird schwerlich jemals mit der Möglichkeit gerechnet haben, daß man sie dazu verwenden kann, um Staatskommissare einzusetzen, die die gesamte Verwaltung einer Stadt an sich zu ziehen befuhrigt sein sollen.

Man wird nun trotz der begreiflichen Erregung, die in allen Teilen der Bürgerschaft durch das Vorgehen der Regierung hervorgerufen worden ist, nicht verlernen und vergessen dürfen, daß der Preussische Staat sich bereit gefunden hat, durch Gewährung von erheblichen Mitteln die Not der Stadt einigermaßen zu lindern, wenn auch nicht völlig zu beheben. Die dankbare Erkenntnis dieser Tatsache darf aber doch nicht dazu führen, daß die städtischen Körperschaften es sich widerspruchslos gefallen lassen sollen, daß ihnen nun auch noch der letzte längliche Rest des Selbstverwaltungsrechts genommen wird, und daß die Regierung das doch nur noch in sehr befristetem Umfang bestehende Steuerbewilligungsrecht den zuständigen Stellen vollständig aus der Hand reißt.

Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Breslau müssen Anspruch darauf erheben, daß ihr bisheriges Bestreben, der Not der Stadt aus eigenen Kräften abzuhelfen, anerkannt wird, und es müssen die städtischen Körperschaften ferner für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Wege, auf denen eine Behebung der Not herbeigeführt werden kann, und die Grenzen der Lasten, die hierbei der Bevölkerung auferlegt werden dürfen, besser erkennen, als zwei auswärtige Regierungsbeamte.

die im Verlauf weniger Tage und durch Informationseinholung aus einem nur ganz beschränkten Kreise von Personen die ungenügend schwierigen Verhältnisse unserer Stadt und die Maßnahmen, die nach dieser Hinsicht zu treffen nötig sind, erkannt haben wollen.

Wenn nach diesen Ausführungen die Einsetzung der beiden Staatskommissare durch die Regierung und die von diesen beiden Staatskommissaren beschlossenen Steuererhöhungen als unangelegentlich anzusprechen sind, so kann es nicht bei einer Verwahrung gegen dieses geradezu beispiellose Vorgehen sein Bewenden haben, sondern

es müssen auch aus der Erkenntnis der Angeleglichkeit dieses Vorgehens die weiteren Konsequenzen hergeleitet werden, die darin bestehen, daß die von den Staatskommissaren angeordneten Steuererhöhungen nicht zur Ausführung gebracht werden dürfen.

Deswegen war der weitergehende Antrag erforderlich, den Magistrat zu ersuchen, diejenigen Mehrbeträge, die sich an Bier-

Adriano-Kino - Margaretenstraße 17
In Gärten der Volkshalle findet die Eröffnung der Saison am Freitag, 1. Januar, eine Woche später statt.
Nur noch heute, 5 und 8 Uhr

Die weißen Rosen von Ravensberg

Das Dorf der Sünde
Besuchertags-Mitglieder 50, Erwerblose 25 Pf. bis 5.30 Uhr alle anderen Besucher 70 Pf.
Partei, Gemeinheits- u. Volkshalle-Mitglieder erhalten jederzeit ohne Verpflichtung eine Besucherticket ausgestellt

steuer und Grundvermögenssteuer aus den Beschlüssen der beiden Staatskommissare ergeben, nicht zur Einziehung zu bringen. Ich hoffe, daß die geehrte Versammlung diese Zusatzanträge einmütig zum Beschluß erheben, und daß auch der Magistrat diesem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung beitreten wird.

Sollte alsdann die Regierung die Ausführung dieses Gemeindefinanzgesetzes in die Wege zu führen, so würde sich dann die Möglichkeit ergeben, im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens durch ein unabhängiges und unparteiisches Gericht die Frage, auf welcher Seite in diesem Streite das Recht liegt, zur Entscheidung zu bringen.

Nur ein einmütiges Vorgehen beider städtischen Körperschaften kann dazu führen, daß was erhalten bleibt, was wir als eines der kostbarsten Güter der Städte zu hüten betreten sind, das Recht der freien Selbstverwaltung.

Die Kommunisten aber hoffen auf das Parlament

Stadt. Adelt (Komm.), der schon oft genug für Steuererhöhung eingetreten ist, fand diesmal, daß ein solches Vorgehen nicht radikal genug ist und brachte deshalb einen reichlich merkwürdigen Zusatzantrag ein, sich an alle Fraktionen des preussischen Landtages zu wenden, um auf diesem Wege eine Zurückziehung der Beschlüsse zu erwirken. Er verfiel sich bei seiner Begründung zu der Behauptung, daß Brünning und Csering ein Epochen sei. Im übrigen habe er den Zusatzantrag nicht etwa in der Erwartung gestellt, daß er Unterstützung finden würde.

Das kommunistische Theater bei der Vorberufung gab den Sozialdemokraten keine Veranlassung, den kommunistischen Antrag zu unterstützen und er fand deshalb nicht die ausreichende Unterstützung.

Die von dem Stadtverordnetenvorsteher begründete Entschickung und der Antrag wurde mit den Stimmen aller Parteien angenommen

Was die Stadtverordnetenversammlung noch beschließen darf

Wie erinnertlich, hatte in der Sitzung vom 27. November vorigen Jahres die Versammlung einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, in dem die

Einsetzung einer Konfliktkommission

zur Verhütung einer Verfechtung zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in der Frage der Winterhilfsmaßnahmen genehmigt wurde. Der Ausschuss empfahl in einem von dem Stadtm. Fris. Pichler (Soz.) begründeten Dringlichkeitsantrag die Stadtverordneten Seiler, Reich, Ilk (Soz.), Fajzowski, Dr. Friedrich (Dinat.), Halpaap (Kölnp.) und Hüner (Jent.) als Vertreter der Versammlung in diese Kommission zu ernennen. Diefem Vorschlage des Ausschusses trat die Versammlung bei.

In einem Dringlichkeitsantrag des Magistrats wurde die Genehmigung einer

Bierpreisverhöhung im Schweidniger Keller

hergeleitet gefordert, daß zwar auch in Zukunft der gleiche Preis verlangt, aber das dafür verabsorgte Quantum von 1/2 auf 1/3 verringert wird.

Stadtm. Stope (Soz.) gab die Erklärung für die Sozialdemokraten ab, daß diesem Antrag nicht zugestimmt werden konnte, weil er unlogisch sei. Wenn in einem eben einmütig angenommenen Antrage der Magistrat erwidert wird, die neu beschlossenen Steuern nicht einzuführen, dann wäre es ein fauler Glaubenswörterbuch, der Dehonnie des Schweidniger Kellers zu gestatten, den Bierpreis zu erhöhen. Stadtm. Stope warbe sich auch noch dagegen, daß es unangebracht sei, eine solche Erhöhung über die Köpfe der Versammlung hinweg durchzuführen.

Als sich nach diesen Ausführungen der Vertreter des Magistrats, Stadtm. Pappilla, zu der Schlußrede verließ, es handelte sich doch um keine Preisverhöhung, was es nicht notwendig, daß seine weiteren Ausführungen im Widerspruch der Versammlung und großer Gelächter untergingen.

Unter sozialdemokratischen Zusätzen „Soch der Preisbahn!“ ging die Abstimmung vor sich und mit 38 gegen 36 Stimmen wurde der Antrag des Magistrats abgelehnt.

Einen wesentlich mehr im Interesse der Bürgerschaft Breslans liegenden Dringlichkeitsantrag brachte die Sozialdemokratie ein, in dem der Magistrat ersucht wird, für die Erwerblosen den 10 Pfennigtarif auf der städtischen Straßenbahn einzuführen.

In der Begründung dieses Antrages, die Stadtm. Ode gab, wies er darauf hin, daß sich die Wirtschaftslage sehr verschlechtert und in einem Einbruchzustand bei der Straßenbahn besonderr machen muß. Da aus Erwerblosen der Stadt kein Gewinn zu machen ist, daß für eine Beschäftigung der Straßenbahn einzuweisen, um bei in der Hauptstadt der Stadt schwachen Arbeitslosen den Weg zum Arbeitsort zu erleichtern, sei es daher im Interesse der Stadt liegen, der Menge einer Beschäftigung für die Erwerblosen näher zu treten. Weil die Benutzung der Straßenbahn durch Arbeitslose hauptsächlich in die Zeit fallen würde, wo der meiste Betrieb der Straßenbahn besteht, so alle die Straßen weniger benutzt werden, bedeutet ein solcher Antrag nur eine Reduktion der für die Stadt, aber das ist gerade die Frage, die sich stellt. Auch die soziale Durchführung des sozialdemokratischen Antrages ist durchaus denkbar und es ist zu erwarten, daß sowohl die Versammlung, wie auch der Magistrat diesem Antrage zustimmen werden.

Stadtm. Pappilla trat dem Antrag jedoch mit der Bedingung entgegen, daß die Einführung dieses Antrages in die Praxis unannehmlicher werden würde. Die Stadt würde hier mit einem ähnlichen Experiment spielen, welches schon gemacht wurde, nämlich er, daß durch Regen- und Personalverhältnisse ersichtlich würden und nicht frag, daß bei einer Durchführung des Antrages bald weitere Personalverhältnisse des gleichen Charakters zu erwarten wären.

Ueberflüssige Arbeit der Kommunisten

Die Kommunisten, die sich sonst immer als die einzigen aufstellen, die für die Lösung der städtischen Probleme etwas tun, sind bei der Lösung des sozialdemokratischen Antrages nicht weniger als bei der Lösung des sozialdemokratischen Antrages eine überflüssige Arbeit verrichtet. Bei der Beratung dieses Antrages, nachdem die Stadtm.

Ode (Soz.) im Schlußwort mit den unlogischen Ausführungen des Magistratsvertreters noch auseinandergelegt hatte, wurde der Antrag mit fast allen Stimmen des Hauses angenommen und zunächst dem Ausschuss III überwiesen.

Vorstoß gegen die städtischen Regiebetriebe

Eine größere Debatte gab es dann bei der Anfrage des Stadtm. Seiliger und 15 anderer Stadtverordneter, in der der Magistrat um Auskunft über die Rentabilität der städtischen Regiebetriebe ersucht wird. Mit an Grande erinnerndem Ton meinte der Antragsteller, daß er ja selbstverständlich nicht die Hauptbetriebe der Stadt meine.

Der Magistratsvertreter trat dem Entzage entgegen, weil er den Vorstoß bei der Bürgerwehr empfinden müsse, daß es mehr Stadtbetriebe gebe, als unrentabel zureichend sei. Die Stadt habe keine neuen Straßenbahnwagen, aber daß sie eine eigene Reparaturwerkstatt unterhalte und daß sie die Feuerwehrtätigkeiten in ihrer Dienstzeit in Betriebsbetrieben beschäftige, werde ihr kaum jemand vorwerfen können. Ueber das Wohl eines Standes müsse das Bürgerwehrgesetz gestellt werden.

Stadtm. Stope (Soz.) kennzeichnete die parteiparteiige Anfrage gebührend als einen anderen Vorstoß zur Entfremdung der städtischen Betriebe, der schon einmal vorgebracht wurde, aber damals gescheitert ist.

Die jetzige Reichheit will erneut für das Privatkapital in Breslau treten und die Logik der bereits angeführten, was schließlich ist. Die Sozialdemokraten werden nichts anwenden können, die Bürgerwehr demselben hinzuzufügen, was mit der Anfrage abgelehnt wird.

Wir verlangen, daß dieser Antrag mit dem verjagt wird, die städtischen Betriebe der Stadt zu unterhalten, in die Zuschläge 5 und 6 zu bringen, was das Gesetz vorschreibt, was zu einem Beschluß zu bringen ist.

Der Demokratische Klub hielt eine Schlußrede und auch Stadtm. Hüner (Jent.) meinte, daß er die Anfrage nicht behaupte. Die Anfrage behänge, daß wenigstens einmal über

Die sehr zweifelhafte Rentabilität des Krematoriums

und die letzten städtischen Krematoriums Kaufkraft gegeben werden müsse. Stadtm. Hüner (Soz.) wies darauf hin, daß in der Zeit dieser Wirtschaftskrise, die ein letztes Privatbetriebsunternehmen, selbstverständlich die städtischen Betriebe nicht verschlingen können. Interessant ist es nun, daß die Stadt nicht in der richtigen Weise reagiert, wie der Personalverwalter, die bei dem geringsten Personalmangel die Personallosart auf die Straße schmeißt.

Stadtm. Hüner (Jent.) meinte mit großer Entschiedenheit über die Rentabilität des Krematoriums durch die Gewinne, die durch die Krematoriumsarbeiten erzielt werden, daß es sich nicht lohnen würde, ein solches Unternehmen zu betreiben. Er meinte, daß die städtischen Betriebe, die durch die Krematoriumsarbeiten erzielt werden, nicht die Kosten decken können, die durch die Krematoriumsarbeiten entstehen. Er meinte, daß die städtischen Betriebe, die durch die Krematoriumsarbeiten erzielt werden, nicht die Kosten decken können, die durch die Krematoriumsarbeiten entstehen.

Zur den Zoo

Zur den letzten Sitzungen habe die Sozialdemokratische Partei bei den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung über die Beschaffung eines neuen Zootieres von 4000 Mark zu sprechen, einen Vorschlag, der den Magistrat ersucht, auf die Beschaffung einzugehen, daß er für Erwerblose und Kapitalbesitzer eine entsprechende Entschädigung zu leisten. Der Magistratsvertreter meinte, daß die Beschaffung eines Zootieres nicht die Kosten decken können, die durch die Beschaffung entstehen. Er meinte, daß die städtischen Betriebe, die durch die Beschaffung entstehen, nicht die Kosten decken können, die durch die Beschaffung entstehen.

Sozialdemokratische Partei

Arbeiterviertel
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167-170
Telefon Nummern 59060-59061
Besitzer außer Sonnabend von 9-1 und 4-7 Uhr

Achtung, Frauenwochenendkurs!

10. und 11. Januar 1931
Frauenleiterinnen, die dem Abendkurs angehören, bitten wir, am Sonntag den 10. Januar im Gewerkschaftshaus zu sein. Wie andere Frauen vom Abendkurs um 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, am Sonntag den 11. Januar im Gewerkschaftshaus.

Vorbereitende Kommission. Unsere Sitzung fällt heute aus und findet Freitag, den 10. Januar, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. **Abteilung: Frauen.** Heute abend 18 Uhr: Vorbereitung der Frauenwochenendkurs. **Abteilung: Männer.** Heute abend 18 Uhr: Vorbereitung der Männerwochenendkurs.

Direkt 6. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 7.** Sonntag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 8.** Montag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 9. Dienstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 10.** Mittwoch, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 11.** Donnerstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 12. Freitag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 13.** Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 14.** Sonntag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 15. Montag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 16.** Dienstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 17.** Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 18. Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 19.** Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 20.** Samstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 21. Sonntag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 22.** Montag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 23.** Dienstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 24. Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 25.** Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 26.** Freitag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 27. Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 28.** Sonntag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 29.** Montag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 30. Dienstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 31.** Mittwoch, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 32.** Donnerstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 33. Freitag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 34.** Samstag, den 7. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 35.** Sonntag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 36. Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 37.** Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 38.** Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 39. Donnerstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 40.** Freitag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 41.** Samstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 42. Sonntag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 43.** Montag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 44.** Dienstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 45. Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 46.** Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 47.** Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 48. Samstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 49.** Sonntag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 50.** Montag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 51. Dienstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 52.** Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 53.** Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 54. Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 55.** Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 56.** Sonntag, den 29. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 57. Montag, den 30. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 58.** Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 59.** Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 60. Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 61.** Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 62.** Samstag, den 5. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 63. Sonntag, den 6. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 64.** Montag, den 7. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 65.** Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 66. Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 67.** Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 68.** Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 69. Samstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 70.** Sonntag, den 13. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 71.** Montag, den 14. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 72. Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 73.** Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 74.** Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 75. Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 76.** Samstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 77.** Sonntag, den 20. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 78. Montag, den 21. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 79.** Dienstag, den 22. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 80.** Mittwoch, den 23. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 81. Donnerstag, den 24. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 82.** Freitag, den 25. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 83.** Samstag, den 26. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 84. Sonntag, den 27. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 85.** Montag, den 28. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 86.** Dienstag, den 29. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 87. Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 88.** Donnerstag, den 31. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 89.** Freitag, den 1. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 90. Samstag, den 2. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 91.** Sonntag, den 3. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 92.** Montag, den 4. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 93. Dienstag, den 5. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 94.** Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 95.** Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 96. Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 97.** Samstag, den 9. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 98.** Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Direkt 99. Montag, den 11. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 100.** Dienstag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. **Direkt 101.** Mittwoch, den 13. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Funktionärversammlung

im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses
Redner: Genosse Eckstein

Funktionärversammlung haben Zutritt die Mitglieder des
ersten und erweiterten Parteivorstandes, die Bezirksführer,
Sprecher und Schriftführer der Distrikte, die Schrift-
führerinnen der Frauenabende, die Vertrauensleute in den
Betrieben und in den Organisationen der freien sozialistischen
Bewegung, die Mitglieder der Pressekommission,
Bildungsausschusses, die Referenten, die in den Breslauer
Bildungsanstalten regelmäßig mitwirken, sowie die in
Veranstaltungen Abgeordneten für Gemeinde, Provinz,
Staat und Reich

Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung der grünen
Funktionärkarte und des Mitgliedsbuches gestattet
Frauenleiterinnen und weibliche Funktionäre erscheinen
bereits um 18.30 Uhr zu einer Besprechung.

Protest der Gastwirte

Der durch eine Schreie eines Wirtschaftsparteilers
unwirksam blieb

Der Provinzialverband Schwestern des Deutschen Gastwirts-
verbandes und die Arbeitsgemeinschaft gastwirtschaftlicher Be-
triebe im Stadt- und Landkreis Breslau veranstalteten am
18. Januar nachmittags im Schießwäldchen eine Protest-Ver-
sammlung, zu der der Verbandspräsident und Reichstagsabgeord-
neter der Wirtschaftspartei, Emil Köster, als Redner erschienen
und die erschienenen Breslauer und schlesischen Gastwirte
zu überzeugen versuchte, daß alles Heil nur von „seiner“
Partei zu erwarten sei. Schuld an den heutigen Zuständen
in der Wirtschaft sei die Inflation, die im Reich amtierend
haben, und mit verschwindender Wirtschaft bei der produktiven Erwerbs-
sicherung hätten die Gemeinden ihre Befugnisse auch weit
übergriffen. Zu einem guten Teil — so meinte der hiedere
Wirtschaftsparteiler — sei eben die Konterwirtschaft im Reich,
denn und Gemeinden die Ursache der heutigen Wirtschaftskrise.
Ganz besonders knippte er sich den Reichskanzler Hermann
Müller vor, der eine 50prozentige Erhöhung der Reichssteuer
angeht und damit 180 Millionen Reichsmark Mehreinnahme verlangt
wäre. Dafür habe er die Zuerststeuer abgeschafft, die sich
schon als „gut eingepreist“ habe. Für Erhöhung der
Reichssteuer sei er als Gastwirtsverbandspräsident auch zu
unehrlich, protestiert aber mühsam gegen die Gemeindebesteuerung.
Wirtschaftsparteiler sei und sicher einen Konsumrückgang bis
zu 20 Prozent zur Folge haben werde. Auch die Schanzbezüge
müsse mit aller Schärfe abgelehnt werden. Die Erhebung
von Steuern so schwer wie möglich gemacht werden, um
die Steuer nicht zu verweigern. Die Schranke sei die Wirt-
schaft eines Landes, und ihre Erhaltung würden die Gastwirte
gegen eine Regierung wie die jetzige zu verteidigen müssen.
Während der Rede sprach ein Nazi-Parteimitglied im Saale
an, anschließend, um den Gastwirten eine Vorahnung von den
Krisenpartnern der Demokratie zu veranschaulichen. Auch
hieß der Gastwirte meldete sich wieder zu Wort, wie das in
letzten Parteiverammlung ein Nazi-Rechtsanwalt tat, aber
Verhandlungsleiter erklärte, daß es ihm die Erfahrungen
letzten Parteiverammlung geboten erschienen lassen, nicht zu dis-
kutieren, weil sonst monotonisiert würde. Nach der Wahl-
sammelrede des wirtschaftsparteilichen Abgeordneten wäre
die Befürchtung kaum noch notwendig gewesen, denn auch ein
Mann hätte nicht viel mehr an allen Dingen herumreißen
kann, wie der Abgeordnete jener Partei, auf die vor der Wahl
Ausspruch vom Interessentenhaus gebracht wurde. Zum
Schluß wurde noch eine Entschuldigungsangabe angenommen, in der
der Protest gegen die diktatorischen Steuern eingeleitet und
Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wird, Steuern bis
äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit zu zahlen. Die jetzigen
Ladungen müßten aber ebenso befreit werden, wie die Ver-
ordnung des Alkoholverbotes vor 9 Uhr früh durch den preussischen
Minister.

Jahreshauptversammlung

des Siedlungsvereins Breslau-Röpelwitz

Renwahl des Vorstandes

Am 5. Januar fand die Generalversammlung des Siedlungs-
vereins Breslau-Röpelwitz im „Lehnen Keller“ statt. Herr
Köhler vom Kreisratvorsitz gab den Jahres-
bericht der Dachorganisation. Ausgehend von der
Wirtschaftskrise die im vergangenen Jahre mit aller Schärfe
auftrat, zeigte er die Folgen der falschen Politik für die Mieter.
Der Lohnabbau und der Belastung durch neue Steuern, Tarif-
erhöhungen für Gas, Straßenbahn usw. folgte die Mieterhöhung.
Der Kampf der Mieter erreichte zwar nicht das Ziel, brachte
aber nennenswerte Teilerfolge. Ganz besonders gedachte er des
Kampfes um die fröhlichen Stadtverordneten Hans Krumm, der
durch sein hülfsbereites Eingehen für die Mieter große
Leistungen erwarben hat.
Aus dem Jahresbericht des Siedlungsvereins
Breslau-Röpelwitz, den der 1. Vorsitzende, Herr Köhler,
eingeleitet hat, ging deutlich hervor, welche ungeheuren Arbeiten hier geleistet
wurden. Allein 32 Vorstands- und etliche Vertreterfunktionen
übernahm Herr Köhler. Der Mieterkreis stellte an alle Funktionäre
besondere Anforderungen. Die Arbeiten in der Partei-
organisation waren zur allgemeinen Zufriedenheit. Die Streit-
sachen wurden zu 70 Prozent gänzlich
gelöst, der Rest zum größten Teil zur Hälfte nieder-
gelegt, und nur bei wenigen wurden keine Katenzahlungen
erhalten. Sämtliche Kündigung wurden auf
Verhandlungswege beigelegt, bei Miets-
kündigungen durch Verhandlungen eine Einigung erzielt. Sereffs
geschätzten Baukostenzuschüsse schweben zurzeit noch die Ver-
handlungen. Nur der Einigkeit und Geduldhaftigkeit der Mieter
es zu verdanken, daß dies alles erreicht werden konnte.
Nach dem ausgezeichneten detaillierten Kassenbericht des
1. Vizepräsidenten wurde die Renwahl des Vorstandes vor-
genommen. Er setzt sich aus folgenden Herren zusammen: erster
Vorsitzender Herr Köhler, zweiter Vorsitzender Herr Heide,
1. Schriftführer Herr Fischer, 2. Schriftführer
Herr Schmidt, erster Kassierer Herr Jgel, zweiter Kassierer
Herr Schmidt, erster Kassierer die Herren Hartmann,
Herrmann, Wiesner, Revisoren die Herren Pohl, Art,
Herrmann.
Am Schluß wurde alleinig das Ansuchen der Siedlungs-
vereins, die alten Mietverträge abzulösen, juridis-
ch, da diese für die Mieter der einzige Wirkungsbefugnis für
die Miete sind.
Der erste Vorsitzende, Herr Köhler, wies nochmals darauf
hin, daß es nun erst recht gilt, treu und einig zusammenzuarbeiten,
als geschlossene Kraft jeder Situation im neuen Jahre
beizubehalten zu sein.

Neuere Volkshilfe

Zu den im Ende-Theater Rath-
ausen Vorführungen von „Voruntersuchung“ erhalten
die Schauspieler ursprünglich nicht für die Kammerpielgemeinde
des Reichs, alle Mitglieder ab 12. Januar, Gebühre
in Höhe von 1,55 Mark in der Geschäftsstelle, Abrech-

Fabrikanten als Betrüger Billiger Teer bei Pleß

Konkursvergehen, Wechselfälschungen und Tarabetrug als Grundlage eines Fabrikbetriebes

Großes Aufsehen erregt im Walden-
burger Gebiet die Verhaftung des
Fabrikbesizers Hans Sindermann
Kreuzendorf und dessen Bruders Kurt
Sindermann, die schweren Konkurs-
vergehens sowie unerhört dreister und
umfangreicher Betrügereien gegen die
Pleßsche Grubenverwaltung beschuldigt
werden.

Hans Sindermann begründete vor Jahren eine Dachpappen-
fabrik, die in dem früheren Fischenhause der Gäßgrube in
Kreuzendorf eingerichtet wurde. Einige Zeit darauf geriet
das Unternehmen in Konkurs. Zu dieser Zeit hat Hans Sinder-
mann, unterstützt von seinem Bruder, bereits Versuche unter-
nommen, sein Personal zu Fälschungen in den Geschäftsbüchern
zu veranlassen, was aber von den betreffenden Buchhaltern ab-
gelehnt wurde, worauf die Fälschungen der Bücher und Befehle
von den Brüdern Sindermann selbst vorgenommen worden sein
sollen. Außerdem werden ihnen Wechselfälschungen zur Last
gelegt. Großes Aufsehen aber erregten im Waldenburger Gebiet
die im Laufe der Untersuchung gemachten Feststellungen über
Betrügereien, die von den Inhabern der Firma an der Pleßschen
Grubenverwaltung jahrelang betrieben wurden. Es handelt sich
hierbei um Teer, den die Brüder Sindermann für ihre Fabrik
zur Herstellung von Dachpappe in großen Mengen benötigten und
den sie vom Bahnschacht der Fürstensteiner Gruben bezogen. Sie
streckten mit einem von ihnen bestochenen Arbeiter unter einer
Decke, und sie haben mit dessen Hilfe Umengen von Teer ver-
untrent. Die betrügerischen Fabrikanten wandten hierbei einen
besonderen Trick an, so daß bei der Einfahrt der betreffenden
Lastautos deren Leergewicht und das Leergewicht der Fässer be-
deutend höher wie tatsächlich erschien und dementsprechend gebucht
wurde, worauf für dieses dann wieder befristete erhöhte Gewicht
entsprechende Teermengen mehr ausgefahren werden konnten,
ohne daß die Kontrolle dies bemerkte. So gingen Teerladungen
hinaus, die mit 1000 Kilogramm berechnet wurden, während sie
in Wirklichkeit 1800 Kilogramm betrug. Der betreffende
Arbeiter, der ihnen hierbei half, hat bereits ein umfassendes
Geständnis abgelegt. Danach hat er für jede dieser Ladungen
ein Schweißgewicht von 10 Mark erhalten.

Auch bei Kleinräufen sind ähnliche Betrügereien und
Schiebungsvorgänge vorgekommen. Die Verhaftung der beiden Schuldigen
vollzog sich unter besonders erschwerenden Umständen, da Hans
Sindermann, als er die Polizei nahen sah, mit seinem Auto
in toller Hast nach Waldenburg raste, um in seiner im Stadt-
teil Altwasser gelegenen Wohnung die dort verwahrten Geschäfts-
bücher zu beseitigen. Obwohl ihm die Polizeibeamten sofort wie
in einem Harry-Viel-Film nachjagten, war es Sindermann bereits
gelingen, seine Absicht auszuführen. Es konnte bisher nicht fest-
gestellt werden, wo er die Bücher, die ihn schwer belasten müßten,
versteckt hat. Die beiden Verhafteten wurden in das Gerichts-
gefängnis in Waldenburg eingeliefert. Ihre Büros sind geschlossen
und polizeilich versiegelt worden.

In Waldenburg und Umgegend spielten die Kaufleute Hans
und Kurt Sindermann geraume Zeit bei den Nazis eine große
Rolle. Wenn nur irgendeine sozialdemokratische Verkäuflichkeit zu
hören war, rollten die Sindermannschen Lastautos über das
Pflaster statt mit geklautem Teer, mit einer Kotte größerer
Nazis beladen.

Bürgerkriegsübung bei Waldenburg von Schutzpolizei aufgehoben

Das Waldenburger Bergland meint den Nazis neuerdings
besonders geeignet zur Abhaltung von nächtlichen Kriegsübungen
zu sein. Mehrmals wurde in der letzten Zeit beobachtet, wie
sie nächtlicherweise auswärts, um irgend einen Berggipfel
im Sturm zu „erobern“. Am Mittwoch, dem 7. Januar, aber
hatten sie die Rechnung ohne die Waldenburger Schutzpolizei
gemacht. Sie beteiligte sich diesmal ebenfalls an der Nach-
übung, indem das Ueberfallkommando die kriegerischen Nazis,
die in voller Kriegsbemalung waren, umstellte und 17 Personen
festnahm. Aus der Übung beteiligten sich etwa 40 Personen.
Die nicht festgenommenen liefen nach allen Himmelsrichtungen
auseinander.

Nicht alle sind einverstanden mit dem Richter Van

Der Republikanische Juristenbund
Breslau übermittelt aus folgende Er-
klärung zu dem Glogauer Urteilspruch
in dem Verfahren gegen „A.“ Kremler:
Der Republikanische Juristenbund Breslau bedauert aus-
sichtlich die mündliche Begründung des Glogauer Urteils in Sachen
Kremler vom 22. Dezember 1930 wegen Vergehens gegen das
Republikanengesetz durch den Landgerichtspräsidenten Lau. Durch
die einseitige politische Stellungnahme, wie sie in der Urteils-
begründung zutage tritt, muß das Vertrauen in die Sach-
lichkeit der Rechtsprechung erschüttert und demgemäß das Ansehen
des deutschen Richtertums herabgewürdigt werden.
Die Äußerungen des Gerichtsvorstandes sind um so mehr
zu beklagen, als durch derartige Auslassungen vom Richteramt
eine Verwirrung der politischen Anschauungen über die Ent-
scheidung der deutschen Republik in das Volk getragen wird.

Er war natürlich Nazimann

der Brandstifter Bobbin
Ja unseren gestrigen Gerichtsberichten findet sich auch ein
Bericht über einen Brandstifterprozess gegen den Wirt-
schaftsinspektor Bobbin, der aus purer Dienstfertigkeit für
seinen Herren und Gebieter Brand stiftete, und dem Herrn Barca
von Gilgenheim die zu ganz ansehnlichen Versicherungsaus-
zahlungen verhalf. Wie uns ergänzend berichtet wird, war
dieser brave Mann in Kuras, Kreis Wohlau — Ortsgruppen-
führer der Nazipartei.

Nichtschlesischer Landgemeindefest

Der Landgemeindefest Nieder-
schlesischer Landgemeindefest als Jahreshauptver-
sammlung der Kreisverbände am Sonnabend, den 17. Januar,
wie angekündigt, in Ober-Schreiberhau ab. Der Vorsitzende

des Deutschen Landgemeindefest Dr. Gerde spricht wie üblich
über das Thema: „Die Landgemeinden zu den kommunalen
Fragen der Gegenwart“.

Am Freitag findet, ebenfalls in Schreiberhau, ein Kreis-
vertretertag statt, auf dem nach Rechnungslegung und Feststellung
des Haushaltsplanes für 1931 Freiherr v. Rittthofen-Klein-
Kosel und Gemeindevorsteher Koeßler-Dittersbach über die
Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember vorigen
Jahres unter anderem also über Bier- und Bürgersteuer, Real-
steuerentlastung und Ausgabenbegrenzung sprechen werden.

Liebestragödie bei Rybnik

In Krurow bei Rybnik erschien in der elterlichen Wohnung
seiner Frau, der 17jährigen Agnes Janer, der in Urlaub
weisende Rekrut Erich Schmidt und feuerte auf seine
Gesichte einen Revolverkugeln ab, welcher tödlich verlor. Kurz
nach der Tat verübte der Mörder Selbstmord durch Erschießen.
Die Leichen wurden beschlagnahmt. Wie es heißt, soll unglückliche
Liebe der Beweggrund der Bluttat sein.

Militz, Kreis Steinau. Scheunentor erschlägt eine
Arbeiterin. Bei einem plötzlich einsetzenden Sturm wurde
hier auf dem Dominium ein Scheunentor aus den Angeln gehoben.
Das Tor stürzte auf zwei Arbeiterinnen, die schwere Schädelbrüche
erlitten. Eine der beiden Verunglückten ist bereits ihren Ver-
letzungen erlegen.

Hirschberg. Wegen Beleidigung des Ministers
Dr. Wirth wurden hier zwei Obernazisten, Teich und
Zimmer mit Namen, die in der Wahlzeit eines der üblichen
Nazi-Flyerblätter mit Schimpereien veranwortlich gezeichnet
hatten, in zweiter Instanz zu 100 Mark bzw. 75 Mark Geldstrafe
verurteilt.

Striegau. Die Finanzen der Stadt haben in den
letzten Wochen eine derartig katastrophale Verschlechterung er-
fahren, daß die Stadterhaltung über die Regierung in Breslau
beim preussischen Innenministerium um Gewährung eines
Staatszuschusses vorstellig geworden ist.

Aus der Umgebung

Die Maul- und Rausenleude

Unter den Viehbeständen des Erbhöflichkeitbesizers Sast
in Tschachen, Kreis Neumark, ist die Maul- und Rausenleude
ausgebrochen. Die Ortswacht Tschachen ist bereits gesperrt.

Marxwitz. Aus der Partei. Am 7. Januar fand
hier die diesjährige Generalversammlung der SPD. statt. Ein-
mütig wurde der alte Vorstand, dem das Vertrauen für seine
bisherige Tätigkeit ausgesprochen wurde, wiedergewählt. Er setzt
sich zusammen aus den Genossen John Vorländer, Max
Trautmann Stellvertreter, Wilhelm Sander Kassierer,
Paul Simon Schriftführer und Berichterstatter, Ernst Sowa
und Fritz Trautmann Revisoren. Als Delegierte wurden
gewählt Genosse John zur erweiterten Parteivorstandssitzung,
Simon zur Generalversammlung. Im Anschluß an die Vor-
standswahlen referierte Genosse Kleinert über „Wirtschafts-
und Parteipolitik“, worauf, da sich keine Debatte ergab, die fast
vollständig beschlossene Parteiverammlung beschlossen wurde.

Leuthen. Wer rodet den Wald? Die Leuthener
Kommunalpolitik hat bekanntlich so ihre besonderen Seiten.
Daher hat auch der Wald, den die Schlesiische Landgesellschaft nach
Beendigung ihrer Anwesenheit in der Leuthener Gemarkung der
Gemeinde überlassen hatte, zu merkwürdigen Vorgängen geführt.
Ohne daß die hierfür zuständige Gemeindevertretung etwas davon
wußte, hatte der Gemeindevorsteher vor einiger Zeit in seinem
unerzöglichen Ratschluß dahin entschieden, daß dieser Wald
gerodet werden müsse, und diesen „Beschluss“ auch gleich in die
Tat umgesetzt, indem er Holzinteressenten einladet, sozusagen gratis
zu roden und hierfür das Holz mitzunehmen. Daß es in Leuthen
nicht wenige Erwerbslose und Wohlhabensempänger gibt, die
gerne Arbeit statt Unterstützung hätten, daß man das Holz dann
verkauft konnte, das kam unterem Vorgewaltigen gar nicht in
den Sinn. Eine Dringlichkeitsitzung der Gemeindevertretung
wurde daher so ziemlich vor die vollendete Tatsache gestellt, wobei
die Bürgerlichen ihren Gemeindevorsteher natürlich bedenklich
die SPD-Vertreter als Denunzianten beschimpften, weil sie sich
beim Arbeitsamt erkundigten, wie es im Falle eines
Unfalles mit den Unterstützten werde, die dort ebenfalls
rodeten. Zimmerlein ist sehr Ordnung geschaffen und die Ein-
stellung von Wohlfahrtserwerbslosen zu diesen Arbeiten vor-
genommen worden.

Kottwitz. Angenehme Gäste. Bei einem Konz-
nert wurde hier der Stellenbesizersohn Wurzel von
zwei jungen Leuten mit Gummiknüppeln bedroht. Als W. sich
nicht auf die, offenbar gewöhnliche, Schlägerer einließ, schlugen
die hoffnungslosen jungen Leute dem Gastwirt Kardischnitz
mehrere Stühle entzwei. Es handelt sich wohl um eine Vorübung
für das Dritte Reich. Einen besonderen Beigeschmack erhält dieser
Vorgang dadurch, daß W. erst kurz zuvor den Unfall der beiden
Jünglinge vor dem Gericht bewahrte, in dem er ihn abschnitt,
als er ihn bereits halb erhängt auffand.

Wilschan. Zwischenfall beim Sagger. Die
Breslauer Feuerwehr berichtet: Am 7. Januar gegen 10.30 Uhr
wurde der Taucher der Feuerwehr zur Hilfeleistung nach
Wilschan entsandt, da der bei der Lohe-Regulierung tätige
Pöffelbagger nicht weiter arbeiten konnte. Der Bagger bewegt
sich mittels Raupenschlepper auf dem Flußgrund auf einem vier-
teiligen schweren Holztafelrost weiter, dessen einzelne Tafeln
immer weiter nach vorn verlegt werden, sobald der Bagger
genügend vorgearbeitet hat. Da die Kettenverbindung zwischen
zwei am Grunde, also unter Wasser liegenden Holztafeln gerissen
war, wurde der Taucher binnuntergeschickt, um die Verbindung
wieder herzustellen; jedoch konnte der Bagger seine Arbeit fort-
setzen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt Nimplsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telefon 9260, 9261
Gebäude von 9-13 und 16-19 Uhr
Generalsammlungen der Ortsgruppe
Sonnabend, den 10. Januar:
Gant: bei Seibel, 20 Uhr. Redner: Frisch.
Friedel: bei Seibel, 19 Uhr. Redner: Kufelczynski.
Kietzendorf: in der Turnhalle, 19 Uhr. Redner: Kleinert.
Kortow: bei Tille, 20 Uhr. Redner: Sachs.
Neumarkt: im „Gelsen Löwen“, 20 Uhr. Redner: Schiffer.
Nimplsch: bei Seibel, 20 Uhr. Redner: Genosse Jäger.
Rudow: bei Herrert, 20 Uhr. Redner: Kietzendorf.
Sagan: bei Wilmshaus, 20 Uhr. Redner: Pöflich.
Sonntag, den 11. Januar:
Juchacz: bei Franke, 15 Uhr. Redner: Kleinert.
Ostsch: bei Seibel, 15 Uhr. Redner: Schiffer.
Opparan: bei Kowitz, 15 Uhr. Redner: Pfeifferschmidt.

